Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 230. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 18. Mai 1878.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

50. Sitzung vom 17. Mai.

10 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Hobrecht, Michaelis und Andere.

Das Haus genehmigt die Berechnung der Matricularbeiträge für 1878 bis 1879 in dritter Berathung und tritt in die zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend statistische Erhebungen über die Tabaksfabrication und den Tabakshandel und die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Jahr 1878—79, ein.

Nach der Vorlage sollten mit diesen Erhebungen Beamte oder Commissarien des Reiches oder der Bundesstaaten beauftragt werden. Die Tabakfabrikanten sollten verpflichtet sein, in Betreff 1) der Betriebs- und Lagerräume und der vorhandenen Betriebsmaschinen und Geräthschaften, 2) des beschäftigten Hilfs- und Arbeiterpersonals, 3) der Menge, Art und Preise der vorhandenen Tabake und Tabakfabrikate, 4) der Menge, Art und Preise des in den letzten drei Jahren verarbeiteten Tabaks und der daraus hergestellten Fabrikate wahrheitsgemäße Angaben zu machen; eine gleiche Verpflichtung sollten die Händler haben. Den Beamten sollte der Zutritt zu den Betriebs- und Lagerräumen, die Inaugenscheinnahme der Vorräthe, sowie die Einsicht der Geschäftsbücher gestattet sein. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis 500 Mark (im Unvermögensfalle mit Freiheitsstrafen) bedroht. Außerdem sollen bei Verweigerung oben genannter Angaben die Erfüllung der Verpflichtung durch Geldstrafen bis zu 300 Mark erzwungen werden. Für die Kosten der Enquete werden 200,000 Mark gefordert.

Die Abgg. v. Schmid und Lucius haben im Namen der deutschen Reichspartei einen vollständig neuen Gesetzentwurf vorgeschlagen, nach welchem eine Untersuchung der Tabakfabrikation und des Tabakhandels durch eine vom Bundesrathe unter Zuziehung von Sachverständigen zu berufende Commission geführt werden soll. Die örtlichen Erhebungen sollen von Bezirks-Commissionen, bestehend aus einem Beamten und zwei fachkundigen Mitgliedern, vorgenommen werden; über die zu ihrer Kenntniß gelangenden Dinge müssen die Commissions-Mitglieder eidlich Amtsverschwiegenheit geloben. Die Tabaksfabrikanten sind verpflichtet: 1) über die Zahl und Art des beschäftigten Hilfs- und Arbeiterpersonals nach dessen mittlerem Stande in jedem der Jahre 1875—1877, 2) über die Menge der in demselben Zeitraum hergestellten Tabakfabrikate, sowie den jährlich umgesetzten Geldbetrag wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Eine gleiche Verpflichtung liegt den Händlern jedoch nur rücksichtlich des Jahres 1877 ob. — Der Zutritt zu den Betriebs- und Lagerräumen, sowie die Inaugenscheinnahme der Vorräthe ist der Commission zu gestatten; nur im Falle der Verweigerung der Angaben, oder wenn unzweifelhaft unrichtige Angaben gemacht werden, kann die Einsicht der Geschäftsbücher gefordert werden. Durch Geldstrafen bis zu 300 Mark kann die Erfüllung der letzteren Verpflichtungen erzwungen werden. Die Kosten sollen in Höhe von 200,000 M. bewilligt werden.

Abg. v. Stauffenberg will die Erhebungen (unter Weglassung der Bezeichnung „statistische") auch auf den Tabaksbau erstrecken und Sachverständige dazu heranziehen; das Resultat ist dem Reichstage mitzutheilen; die Kosten sollen in der geforderten Höhe bewilligt werden. Der übrige Inhalt der Vorlage soll in Wegfall kommen.

Die Debatte über § 1 umfaßt zugleich die beiden erwähnten Anträge.

Abg. v. Schmid: Eine Untersuchung der Lage der Tabaksindustrie zum Zweck einer Steuerreform im Reiche ohne vorgängige Fixirung des zu wählenden Steuersystems hätte längst angestellt werden sollen. In keinem Falle darf dabei in die kaufmännischen Geheimnisse des Einzelnen eingegriffen werden und in dieser Beziehung geht die Regierungsvorlage etwas zu weit. Wir haben nur die Möglichkeit einer Verständigung herbeiführen wollen. Nach unserem Antrage sollte sich die Enquete beschäftigen mit der wirthschaftlichen Lage, den Erwerbs- und Lohnverhältnissen und dem finanziellen Ergebniß der Tabaksindustrie, nicht mit dem Tabaksbau: in einer Verhandlung mit der nationalliberalen Partei sind aber gewichtige Gründe geltend gemacht worden, auch den Tabaksbau in den Kreis der Untersuchung hineinzuziehen, weil auch in dieser Hinsicht und namentlich über den Weg, den der Tabak zu machen hat, ehe er in die Hände des Fabrikanten gelangt, die Verhältnisse nicht genügend aufgeklärt sind. Die Enquete muß sich auch auf die Zahl der in der Tabaksindustrie beschäftigten Personen erstrecken; ebenso auf das Quantum der Tabaksfabrikation. Wir kennen nur das Quantum des Tabaks, welcher gewonnen wird, nicht aber die Menge der hergestellten Fabrikate. Ueber das Verhältniß der einzelnen Fabrikate des Rauch-, Schnupftabaks u. s. w. sind wir gar nicht unterrichtet. Die Summe, welche in den letzten Jahren in der Tabaksindustrie umgesetzt worden ist, ist ebenfalls streitig und schwankt zwischen 138 und 205 Millionen Mark. Gegen die Heranziehung von Sachverständigen will ich mich nicht aussprechen, glaube jedoch, daß, wenn man sich allein auf die Sachverständigen, welche wesentlich bei dieser Frage interessirt sind, beschränkt, nicht die sicheren Resultate gewonnen werden, deren wir bedürfen. Wir stehen auf dem gleichen Boden wie die nationalliberale Partei und wollen auf der Grundlage des Regierungsentwurfs eine Verständigung herbeiführen, in der Hoffnung, daß auf diese Weise die Frage ihre richtige Lösung findet.

Präsident Hofmann: Ich glaube mich mit dem Amendement Stauffenberg einverstanden erklären zu können, in der Richtung, daß als Zweck des ganzen Gesetzes eine umfassende Erhebung über die Verhältnisse der Tabaks-Industrie und des Tabaksbaues angesehen wird. Gegen die Zuziehung von Sachverständigen habe ich nichts zu erinnern, eben so wenig gegen die Streichung der Worte „statistische Erhebung." Es versteht sich auch von selbst, daß das Resultat der Enquête dem Reichstage mitgetheilt werden wird. Ich kann mich also mit diesem Amendement, dem sich auch der Vorredner angeschlossen, Namens der verbündeten Regierungen einverstanden erklären, jedoch unter dem Vorbehalt, daß dadurch auf die für die Erhebung unbedingt nothwendigen Zwangsmittel nicht verzichtet wird. Es liegt wohl nicht in der Intention der Antragsteller, daß diese Mittel der Regierung abgeschnitten werden sollen.

Abg. Windthorst: Der Zweck der Enquete ist das Tabaksmonopol; was auch die Stellvertreter des Reichskanzlers darüber sagen mögen, sie können seine bestimmte Erklärung nicht aufheben. Der Abg. v. Bennigsen hat erklärt, er wolle weder das Monopol, noch die Fabrikatsteuer, er wolle nur eine Mehrbesteuerung des Tabaks, die einen größeren Ertrag geben solle, als die Regierung ursprünglich verlangt hat. Der Reichskanzler will eine Vermehrung um 100 Millionen, wodurch das Reich in die Lage kommen sollte, größere Gaben an die einzelnen Staaten und Communen zu vertheilen. Wenn diese Summe noch übertroffen werden soll, dann müssen Tabaksbau und Industrie arg geschädigt werden. Noch stehen wir aber gar nicht auf dem Punkt, uns für eine Mehrbelastung des Volkes, eine Steuererhöhung erklären zu müssen. Das letzte Budget verlangt keine; ob das nächste, das weiß man noch nicht. Da die Enquete unter allen Umständen zu einer Steuererhöhung führen soll, so werde ich nicht für ein Experiment stimmen, das ohne Nothwendigkeit eine neue Steuer schaffen soll. Durch eine Mehreinnahme würde keine directe Steuer in Wegfall kommen, höchstens würden die Matricularbeiträge vermindert, aber an eine Zuwendung für die Communen wäre gar nicht zu denken. Wenn man nur bezweckte, durch diese Einnahmen andere zu ersetzen, so hätte die Regierung klar mit ihren Plänen hervortreten können. Eine solche bündige Erklärung hatte ich bei der ersten Lesung dieses Gesetzes von dem preußischen Finanzminister erwartet; er hat das aber nicht gethan, sondern die Vorlage nur im Allgemeinen vertheidigt. Ich mache dem Minister keine Vorwürfe darüber, daß er nicht in der Lage ist, weitere Mittheilungen zu machen; dann wäre es aber besser gewesen, die Vorlage nicht weiter zu verfolgen, sondern sie zurückzuziehen, bis daß uns ernste, durchdachte Steuerreformpläne vorgelegt würden. Blos um ins Blaue hinein Material zu schaffen, können wir die Vorlage nicht genehmigen. Die Regierung hat sich beeilt, den Vorschlag der nationalliberalen Partei zu acceptiren; das hat mich nicht überrascht. Ich kann mich weder für diesen Vorschlag, noch für den des Abg. von Schmid erklären, weil ich ohne Noth eine Steuererhöhung nicht bewillige.

Bundesbevollmächtigter Finanzminister Hobrecht: Wenn ich dem Herrn Vorredner richtig gefolgt bin, so sagte er, es handelt sich hier lediglich um eine Neubelastung des Volkes ohne ein sichtbares Aequivalent; dazu wolle er die Hand nicht bieten. Wenn er sagt: ich will dem Volke keine neuen Lasten auferlegen, ohne sicher zu sehen, daß die Nothwendigkeit vorliegt und daß auch der neuen Belastung eine Entlastung gegenübersteht, so ist das ja zweifellos anzuerkennen, und wenn es sich heute um die Beschlußfassung für eine Neubewilligung handelte, so wäre der Mangel eines Nachweises über die Nothwendigkeit und über die Art der Verwendung ja unzweifelhaft anzuerkennen. Ich meine aber, für den Zweck, um den es sich gegenwärtig handelt, genügen die allgemeinen Angaben, die schon bisher gemacht worden sind. Speciell in dem auch von dem Herrn Vorredner erwähnten Entwurf über eine erhöhte Besteuerung des Tabaks, der dem Reichstage bei Beginn dieser Session vorgelegt worden ist und von dem ich nur bedauere, daß er nicht wenigstens zu einer commissarischen Berathung Anlaß gegeben hat, da eine solche gewiß dazu geführt hätte, bei manchen Punkten eine Verständigung herbeizuführen. In den Motiven dieses Gesetzes ist so allgemein wenigstens, wie es für den vorliegenden Zweck erforderlich ist, Ziel und Aufgabe der beabsichtigten Steuerreformen ausgesprochen worden. Der Vorredner hat selbst anerkannt, daß es nicht möglich sein würde, gegenwärtig in bestimmten Nummern und Zahlen und in ganz bestimmten Formen darzulegen, in welcher Weise die Verwendung zu reformatorischen Zwecken zu erfolgen hat. Aber ich meine, zu einem Beschluß über vorbereitende Schritte ist eine solche detaillirte Nachweisung nicht erforderlich. Die Frage, ob und welche Summen durch eine stärkere Belastung der dem Reiche zugewiesenen Einnahmequellen aufgebracht werden sollen, kann selbstverständlich nicht allein beantwortet werden durch die Erwägung der Möglichkeit, wieviel etwa aufgebracht werden kann. Es muß gegenüberstehen eine Erörterung, eine Feststellung des Betrages, der zur Erreichung der als nothwendig anerkannten Aufgaben und Zwecke gebraucht wird und nothwendig ist. Aber zu diesem letzteren Zweck sind überall umfassende Vorarbeiten ebenso nothwendig wie zum ersteren.

Speciell für Preußen bildet ja die Frage einer Entlastung der communalen Verbände einen Hauptfactor dieser Erwägungen und es ist sicher anzuerkennen, daß es gefährlich und bedenklich ist, in dieser Beziehung zu weit gehende Hoffnungen zu erwecken, die sich möglicherweise nicht erfüllen lassen. Es sind in dieser Beziehung im Interesse des Staates wie in dem der Gemeinden feste Schranken anzuerkennen. Der Staat darf ja zweifellos den Gemeinden die Sorge um Aufbringung der Mittel für ihren Haushalt nicht einfach abnehmen, er kann auch nach meiner Ueberzeugung, was er gewähren kann, nicht in der Art gewähren, daß er etwa den bedürftigen Verbänden Unterstützungen gäbe. In beiden Fällen würde er sich eine Aufgabe aufladen, die er nicht lösen kann, und die Axt an die Wurzel der Selbstverwaltung legen. Der Staat kann meines Erachtens auch nicht den Weg, den er mit großem und gutem Erfolg betreten hat, den Weg, den communalen Verbänden staatliche Aufgaben zur Erfüllung zu überweisen und dadurch ihr inneres Leben zu heben und zu stärken, nicht wieder zurückgeben und diese Aufgaben eine nach der anderen etwa für sich nehmen. Der preußische Staat kann nach meiner Ueberzeugung auch keine seiner directen Steuern aufheben und dennoch liegt die Möglichkeit, die unzweifelhaft anzuerkennende Nothwendigkeit einer Entlastung der communalen Verbände vor, wobei ich an die durch die fortschreitende Gesetzgebung, z. B. durch das Unterrichtsgesetz den Communen überall erwachsenden Aufgaben noch gar nicht denke. Schon die jetzt den Communen übertragenen Lasten sind so groß, daß ein sehr großer Theil von ihnen nur sehr nothdürftig im Stande ist, sie zu erfüllen, andere durch die Erfüllung factisch überbürdet sind. Wenn der Staat in die Lage versetzt wird, einen namhaften Theil, eine namhafte Quote der Grund- und Gebäudesteuer an die communalen Verbände zu überweisen — ich spreche hier das Urtheil gar nicht über die Frage, an welche Verbände, das ist eine Specialfrage —, wenn er gleichzeitig, was eben so dringend ist, in eine energische Reform der Klassen- und Einkommensteuer eintritt, so glaube ich, daß auf diesem Wege er im Stande ist, den Communen eine sofort fühlbare und merkbare Erleichterung und eine solche zu gewähren, die namentlich in der Folge sich immer wirksamer erweisen wird.

Was namentlich die Klassensteuer betrifft, so hat er die Möglichkeit, durch eine Freigebung der unteren Klassen seitens des Staats irgend eine Verbindung der oberen mit der Einkommensteuer zu einer einheitlichen Steuer eine solche Verbesserung des Einschätzungswesens herbeizuführen, daß allein dadurch gerade dem am meisten gefühlten Bedürfniß abgeholfen wird, denn nach meiner Ueberzeugung liegt gerade in der Mangelhaftigkeit des Einschätzungswesens ein Hauptgrund der berechtigten Klagen über eine Härte des Steuerdrucks. Ich glaube, daß es keine indirecte Steuer giebt, welche unter so vielen und sittlich so schlimm wirkenden Defrauden leidet, wie die Einkommensteuer. Aber ich fürchte, ich würde weiter, als es an diesem Orte zulässig ist und als es die gegenwärtige Vorlage bedingt, auf rein preußische Verhältnisse eingehen müssen, wenn ich diesen Gedanken hier weiter verfolgen möchte. Ich bin ja auch in diesem Augenblick nicht im Stande, bindende Erklärungen in dieser Hinsicht abzugeben, aber die allgemein gestellte Aufgabe, glaube ich, wird von der Majorität auch dieses Hauses insoweit als vorliegend anerkannt werden, um sich dafür auszusprechen, daß wie einerseits die Summe des Bedürfnisses durch gründliche Vorarbeiten festgestellt werden soll, Sie die Hand dazu bieten werden, auch das Material zu beschaffen, welches erforderlich ist, um die Mittel und Wege der dazu gebrauchten Mehrbelastung auf der anderen Seite richtig erkennen zu lassen. Es liegt ja eine sehr große Schwierigkeit der Frage darin, daß die Erörterung der zu beschaffenden Mehrmittel und der möglichen Entlastung nicht von denselben Organen, nicht durch dieselbe Instanz erfolgt, sondern in verschiedenen Organen erfolgen muß. Aber die Mittel, hierin die richtigen Schranken zu ziehen, hat ja jedes dieser beiden Organe. Die Schwierigkeit liegt nicht vor für diejenigen, die zu bewilligen haben, sondern für die, welche die Form zu finden und zusammenzustellen haben, daß eins oder das andere geschehen kann. Ich bin überzeugt, daß, wenn erst diese sachliche Verständigung hat erreicht werden können, auch die in dieser Form liegenden Schwierigkeiten sich werden überwinden lassen.

Was die heutige Vorlage betrifft, so bin ich überzeugt, daß Sie durch Annahme derselben, vielleicht mit einigen Modificationen, wie sie vom Abgeordneten von Schmid vorgeschlagen worden sind, die Möglichkeit geben, ein vollständiges und zuverlässiges Material zu schaffen. Wenn Sie das nicht thun, so nehmen Sie den § 1 so an, wie er vom Abg. von Stauffenberg vorgeschlagen ist, und geben damit der Untersuchung der verbündeten Regierungen das Gewicht, welches ihr durch ein solches Votum des Hauses unzweifelhaft gegeben wird. Benehmen Sie den Interessenten den Gedanken, als sei die Vertretung des Reiches überhaupt gegen eine solche Untersuchung, dann wird die Enquête, wie ich hoffe, nicht ohne Erfolg stattfinden, und ich bin überzeugt, daß in diesem Fall die Betheiligten, wenigstens ein sehr großer Theil, wahrheitsgetreue und vollständige Angaben machen und daß es uns gelingen wird, auf diese Weise ein sehr werthvolles Material zu erlangen.

Abg. Dr. Harnier: Der preußische Finanzminister hat viele allgemeine Gesichtspunkte angedeutet, die früher von unserer Seite geltend gemacht sind; es ist aber nicht meine Aufgabe, darauf, noch auch auf die allgemeinen Ausführungen des Abg. Windthorst zurückzukommen. Nur muß ich eine Berichtigung eintreten lassen gegenüber der unrichtigen Weise, in der er den Standpunkt unserer Partei erwähnt hat. Er hat mit Recht angeführt, daß Herr v. Bennigsen Namens der Fraction das Tabaksmonopol entschieden zurückgewiesen habe, mit Unrecht aber die gleiche Zurückweisung hinsichtlich der Fabrikatsteuer behauptet. Der Standpunkt meiner politischen Freunde ist der, daß sie sich gegen das Tabaksmonopol und gegen jede Form der Tabakssteuer, welche in gleicher oder ähnlicher Weise verderblich für die betheiligte Production und Industrie wirken würde, ausgesprochen haben. Ob und in wie weit dies von der Fabrikatsteuer zu sagen ist, ist für uns eine offene Frage, zu deren Beantwortung die Enquete eben nöthig ist. Wir willigen damit nicht in eine Erhöhung der Lasten des Volkes, nein, es gilt speziell die Verhältnisse zu erwägen, unter denen, um die Lasten des Volkes gerechter zu vertheilen und zu erleichtern, der Tabak, den wir als ein wichtiges Object für die Steuerreform betrachten, herangezogen werden kann. Herr Windthorst, der dies Alles schon weiß und auch die Zukunft sicher zu prophezeien versteht, braucht keine Enquete; er verlangt gleich einen fertigen Steuerreformplan. Zu dessen Aufstellung bedarf es aber einer Enquete und der Rath des Herrn Windthorst würde die Reichsregierung in einen circulus vitiosus führen: indem man nämlich heute die Enquete verweigert und einen Steuerreformplan fordert und die Regierung hiernächst erklären müßte, daß sie einen solchen, weil es an der Enquete fehle, nicht vorlegen könne. Im Speziellen wünschen wir das Wort „statistisch" gestrichen zu sehen, weil dasselbe in jeder Beziehung zu eng ist. Unter Sachverständigen verstehen wir nur Fachmänner.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. von Stauffenberg charakterisirte in der letzten Sitzung seine zur Annahme von § 1 und 10 führende Stellung dahin, es sei kein Vertrauensvotum, sondern das Ministerium solle sich nur die Informationen verschaffen, welche es eigentlich haben sollte. Dies versüße man durch die Bewilligung von 200,000 Mark. Danach könnte man eigentlich annehmen, die Geldbewilligung bedeute nur ein freigebiges Stipendium zu Tabaksteuerstudien für den neuen Finanzminister. So harmlos ist die Sache aber nicht. Man ist nicht einig in Bezug auf constitutionelle Garantien und in Bezug auf die Besteuerungsform. Verwendet man solchen Eifer, um die Einigkeit in letzterer Beziehung herzustellen, so kann es scheinen, als ob auf die constitutionellen Garantien weniger Werth gelegt wird. Minister Hofmann hat dies neulich schon mißverstanden. Die Stellung wird durch solches Votum für die Enquete nur nebelhaft unklar. Auch Herr Hobrecht meinte heute, es handle sich nur um einmalige Steuererleichterungen in Preußen, während doch die Nationalliberalen organische Einrichtungen auch für künftigen Steuererlaß verlangen. Wenn nun in Bezug auf constitutionelle Garantien keine Einigkeit besteht, so würde die Einigkeit in Bezug auf die Besteuerungsform nach einer Enquete nur einen akademischen Werth haben oder für die Nachfolger der gegenwärtigen Minister Werth haben. Herr Hobrecht war ja so gütig, bereits in seiner Antrittsrede von seinem Nachfolger zu sprechen — vorausgesetzt, daß die Nachfolger constitutionelle Garantien zugestehen wollen und die Majorität des Reichstags auf nationalliberalem Standpunkt steht. Abgesehen davon, fehlt auch die Einigkeit darüber, wieviel eine neue Tabaksteuer eintragen soll. Nach dem Umfang der Kraft, die man verlangt, aber muß sich die Beschaffenheit des Hebels, nach dem Steuerertrag die Besteuerungsform richten. Bei uns legt nicht wie in England ein abgehender Minister öffentlich die Gründe dar, warum er abgeht, ebensowenig sagt ein neuer Minister, warum er eigentlich Minister geworden. Aber die Herrn Camphausen nahestehende Presse hat mitgetheilt, er sei abgegangen nicht aus parlamentarischen Gründen, wie die officiöse Presse bemerkte, sondern weil er es ablehnte, für 200 Millionen Mark neue Steuern zu schaffen.

Herr Hobrecht dagegen hat sich heute und neulich in so allgemeinen Redensarten bewegt, als ob nicht blos für Diplomaten, sondern auch für die Finanzminister das Reden dazu da sei, um die Gedanken zu verschweigen. In etwas greifbar war nur die Andeutung, den Communen einen Theil der Grund- und Gebäudesteuer zu überweisen. Aber die Ueberweisung der ganzen Steuern würde den Städten als den meistbelasteten Communen nur 15 Millionen Mark bringen, während die Städte etwa 36 Millionen Mark mehr an indirecten Steuern zum Ersatz des Ausfalls für den Staat aufzubringen haben würden. Die Grundsteuer darf eben nicht ohne Gewerbesteuer überwiesen werden, denn die Grundsteuer ist die landwirthschaftliche Gewerbesteuer. Herr Hobrecht deutete eine Vereinfachung des Einschätzungswerks durch Befreiung der unteren Klassen von der Klassensteuer an. Aber die Communen können die unteren Klassen doch nicht vom Communalzuschlag freigeben, ohne bei den Ansprüchen, die gerade diese Klassen an den Communalhaushalt stellen, z. B. Aufhebung des Schulgeldes, bankerott zu werden. Das Einschätzungswerk würde also auch bei Befreiung für den Staat bestehen bleiben. Zu einer vollständigen Einschätzung der oberen Klassen würde es längst gekommen sein, wenn man die jährlich quotisirte Bewilligung der Einkommensteuer zugestanden hätte. Ohne diese aber würde die Steuerschraube in's Endlose gehen. Die Quotisirung aber will Herr Hobrecht nicht zugestehen, ergo bewegen wir uns auch hier im Cirkel. Ist man, wie gesagt, über den Ertrag einer neuen Tabaksteuer nicht einig und strebt die Regierung 200 Millionen an, so ist Gefahr vorhanden, daß die Enquete einseitig für Steuerformen zu Gunsten eines höheren Betrages ausgenutzt wird. Jede Enquetebewegung enthält eine präsumtive Anerkennung für die Ergebnisse der Enquete. Ist nun wirklich die Enquete in den Stauffenberg'schen Grenzen geeignet, abgesehen von allem anderen, die Wahrheit an den Tag zu bringen? Alle sonstigen Enqueten haben nur dargethan, wie man eine Enquete nicht machen soll. Auf dem verfänglichen Steuergebiet ist die Regierung am meisten Partei.

Hier müßten mindestens parlamentarische Mitglieder aller Parteien an der Enquete Theil nehmen. Jeder müßte Fragen stellen und Sachverständige heranziehen können. Wie die Betheiligung von Sachverständigen hier geplant ist, gewährt sie der Enquete nur ein Relief ohne jedwede andere Garantie. Je nachdem man die Sachverständigen wählt und je nachdem man sie fragt, kann man für jedwede Meinung sachverständige Autorität bekommen. Die Beschränkung auf statistische Erhebungen wäre gerade ein Vorzug, weil die ziffermäßige Feststellung von Thatsachen der Einseitigkeit Schranken setzt. In der Statistik über Tabakbau und in der Gewerbezählung ist bereits ein sehr weitschichtiges Material vorhanden. Was man etwa noch mehr braucht, kann man ohne besonderes Gesetz mit den vorhandenen Dispositionsfonds sich beschaffen. Aber der Unterschied ist hier, daß ein besonderes Votum für eine bestimmte Tabaksteuerenquete von uns verlangt wird und daraus eine tactische Behinderung für die künftige Stellung erwachsen kann. Herr von Stauffenberg hat die politische Situation neulich treffend gekennzeichnet. Es besteht ein Plan, dem deutschen Volk sehr viel mehr neue Steuern aufzulegen und weil man dafür eine politische Mehrheit nicht gewinnen kann, sucht man die Stimmen von Interessentenkreisen durch Schutzzölle zu erkaufen, um eine Mehrheit zu erhalten. Das Volk würde dabei nach zwei Seiten mehr belastet werden, einmal durch Steuern für die Reichskasse, sodann durch Steuern an Interessenten in Gestalt von Schutzzöllen. Derart die Sonderinteressen aufzuwiegeln, um mittelst des divide et impera hier die Majorität für eine persönliche Gefolgschaft zu gewinnen, etwas reichsfeindlicheres ist niemals erdacht worden. Ja, wir sind nicht sicher, daß nicht in diesem Augenblick nach einer anderen Richtung etwas gegen die Mehrheit des Reichstages geplant wird, was zwar nicht unmittelbar mit der Steuervorlage zusammenhängt, aber derselben Gesammtrichtung entspricht. In solcher Zeitlage möchte ich die Nationalliberalen auffordern nicht durch eine, wenn auch beschränkte Bewilligung Handhaben und Stützpunkte zu schaffen, welche bei der weiteren Verfolgung jener Pläne auch gegen sie ausgenutzt werden können. Wir bleiben der Enquetevorlage gegenüber bei unserem einfachen Nein stehen. (Beifall links.)

Präsident Hofmann: Der Vorredner hat sich heute der Regierungs-Vorlage gegenüber völlig negativ verhalten, ohne auch nur anzudeuten, was denn nach seiner Ansicht betreffs der Tabaksenquete geschehen soll. Man muß annehmen, daß es nach seiner Meinung betreffs der Tabaksbesteuerung lediglich beim Alten bleiben soll. Aber der Vorredner kann nicht der Majorität des Hauses, welche entschieden der Meinung ist, daß sich aus dem Tabak ein höherer Ertrag erzielen lasse und deshalb eine Steuerreform herbeizuführen sei, zumuthen, sich auf seinen rein negativen Standpunkt zu stellen und der Regierung ebenfalls alle Mittel zu verweigern. Ich wiederhole es, daß die verbündeten Regierungen betreffs der Besteuerungsreform des Tabaks noch keine Stellung genommen haben. Sie würden illoyal gehandelt haben, wenn sie Ihnen die Vorlage mit dem Hintergedanken gemacht hätte, daß die Frage des Monopols bereits entschieden sei, und dann wäre es auch unklug gewesen, da sich der wahre Sachverhalt doch früher oder später herausstellen müßte. Der Herr Abg. Richter behauptet, daß die Absicht bestehe, dem deutschen Volke mehr Steuern aufzubürden. Ein solcher Plan besteht in den Kreisen der verbündeten Regierungen nicht, sie beabsichtigen vielmehr eine Reform des Steuersystems in Deutschland, im Reiche, wie in den Einzelstaaten in der Weise herbei-

zuführen, daß die Steuerlast nicht vermehrt, sondern erleichtert wird. Dies ist die wahre Absicht der Regierung und was man ihr von anderer Seite unterschiebt, ist nicht richtig.

Abg. v. Helldorff: Wir sind damit einverstanden, daß der § 1 in der vom Abg. v. Stauffenberg vorgeschlagenen Form angenommen wird, denn diese Fassung enthält insofern eine Verbesserung, als bezüglich des Tabaksbaues doch noch einige dunkele Momente vorliegen, bei denen Zuziehung von Fachmännern nur erwünscht sein kann. Der Standpunkt des Herrn Richter ist allerdings ein rein negativer, er ist betreffs der Reichsfinanzen schon zufrieden durch den Abschluß des Budgets und hofft, daß durch die beim Budget gemachten Ersparnisse alle nothwendigen Ausgaben gedeckt werden können. Dazu gehört allerdings ein starker Glaube. Herr Richter weiß nichts von der Noth unserer Communen und des Grundbesitzes, nichts von den Verlegenheiten, in welche die Einzelstaaten durch die Matrikularbeiträge gerathen. Die letzte Erklärung des Abg. v. Bennigsen begrüßen wir mit Freuden, er unterscheidet sich von uns nur dadurch, daß er noch constitutionelle Garantien und eine andere Form der Enquete fordert. Wir sind keine unbedingten Anhänger des Monopols, und gegenüber dem Eindruck, den möglicherweise die Rede des Herrn v. Kleist-Retzow gemacht haben mag, möchte ich bemerken, daß er nur die Vortheile des Monopols der heutigen Besteuerungsform gegenüber hervorgehoben hat. Wir sind keineswegs der Meinung, daß das Resultat der Enquete das Monopol sein müsse. Eine Steuerreform ist dringend geboten schon mit Rücksicht auf den immer näher heranrückenden Zeitpunkt, wo wir von Neuem die deutsche Wehrkraft werden zu sichern haben. Die Initiative zur Steuerreform vom Reichstage zu erwarten, ist falsch, denn nur allein die Regierung besitzt die hier nothwendige vollständige Information. Ihr gebührt deshalb auch die Initiative.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Stauffenberg zu § 1 wird angenommen und mit demselben § 1 in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 117 Stimmen. Für den so modificirten § 1 stimmen die Nationalliberalen, die deutsche Reichspartei, die Conservativen; dagegen die Fortschrittspartei, Centrum und Socialisten. Die Gruppe Löwe stimmt getheilt. Krüger (Hadersleben) enthält sich der Abstimmung. Der § 1 lautet demnach, wie folgt: „Ueber den Tabaksbau, die Tabaksfabrikation und den Handel mit Tabak und Tabaksfabrikaten sollen unter Zuziehung von Sachverständigen nach Maßgabe der vom Bundesrath festzustellenden und bekannt zu machenden Bestimmungen Erhebungen veranstaltet werden, deren Resultat dem Reichstage mitzutheilen ist."

Der § 2 des Antrages v. Schmid verlangt abweichend von der Vorlage die Bildung von Bezirks-Commissionen für die örtlichen Erhebungen und die Vorschrift, daß über die zur Kenntniß der Commissions-Mitglieder gelangenden Angelegenheiten Amtsverschwiegenheit beobachtet werden soll.

Abg. v. Schmid: Sein Antrag gebe den Interessenten die Möglichkeit einer gründlichen und ihren Interessen Rechnung tragenden Erörterung, aber auch den Betheiligten die Sicherheit, daß ihnen kein Geschäftsnachtheil durch Indiscretion der Beamten erwachse.

Abg. Scipio: Dieser Antrag würde die Enquete etwas einseitig machen und lediglich nach den localen Verhältnissen reguliren; die Erhebungen müßten aber nach allgemeinen Gesichtspunkten gemacht werden; es würden dabei die Fragen des Einflusses der verschiedenen Steuersysteme auf die Preise des Tabaks, das Verhältniß zwischen Zoll und Steuer u. dergl. m. in Betracht zu ziehen sein. Die Geheimhaltung der Resultate sei eigentlich wohl selbstverständlich, aber es würde doch die Beunruhigung der Interessenten beseitigen, wenn von der Regierung eine bezügliche Erklärung abgegeben würde.

Präsident Hofmann: Das Material, das dem Reichstage vorgelegt werden wird, wird sich in der Art der statistischen Erhebungen summarisch gestalten, ohne daß die individuellen Verhältnisse speciell angegeben werden. Die Interessenten können also vollkommen beruhigt sein; von ihren Angaben wird kein Gebrauch gemacht werden, der ihnen irgendwie zum Schaden gereichen kann.

Abg. v. Stauffenberg erklärt sich gegen den Antrag v. Schmid, der den Regierungen in Bezug auf die Form der Erhebungen zu sehr die Hände binden würde. Es wird möglich, ja wahrscheinlich sein, daß man die im Antrage gewählte Form in vielen Fällen anwendet, aber die Erhebungen über einen großen Theil der Fabrikation dürften doch am Besten von den Handelskammern gemacht werden. Was die Geheimhaltung angehe, so sei die Amtsverschwiegenheit wohl selbstverständlich; es handle sich auch bei den Besorgnissen der Interessenten mehr darum, daß nicht die Ziffern über die Geschäftslage des Einzelnen publicirt würden, und darüber beruhige die Erklärung des Ministers Hofmann vollständig.

Der Antrag v. Schmid wird abgelehnt, worauf der Rest seiner Anträge zurückgezogen wird.

Die §§ 2 und 3 der Vorlage handeln von den Verpflichtungen, die den Fabrikanten und Händlern auferlegt werden sollen.

Die Abgg. v. Stauffenberg und Lasker erklären sich gegen diese Paragraphen; der letztere betont, daß sie nur dann berechtigt seien, wenn man das Monopol wolle; die Herren von der rechten Seite hätten sich zwar auch gegen dieselben erklärt, ohne sich aber damit gegen das Monopol aussprechen zu wollen.

Präsident Hofmann kann nicht glauben, daß das Votum gegen diese Paragraphen dahin zu verstehen sei, daß alle gegen dieselben Stimmenden auch gegen das Monopol seien.

Abg. v. Helldorff nimmt die Anträge von Schmid's in Betreff der Verpflichtungen der Fabrikanten und Händler zu gewissen Angaben wieder auf, da ihm die Vorlage zu weit geht. Durch Ablehnung derselben spreche er sich keineswegs gegen das Monopol aus; denn die Erhebungen, welche gemacht werden sollen, seien für jedes Steuersystem die nothwendige Vorbedingung.

Abg. Lasker: Der Reichskanzler und der frühere Finanzminister Camphausen haben erklärt, daß sie uns durch eine Gesetzvorlage zwingen würden, über das Monopol ein Votum abzugeben. Die §§ 2 und 3 sind nur dann gerechtfertigt, wenn die Enquete zum Zwecke des Monopols angestellt werden soll. Wir lehnen diese Paragraphen ab, weil wir eine Untersuchung über das Monopol nicht wollen und nicht brauchen; jede andere Untersuchung stellen wir frei. Wenn dann der Regierungsvertreter erklärt, daß er das Votum nicht so auffasse wie wir, d. h. als gegen das Monopol gerichtet, so mag er sich auf dem Standpunkt des Nichtwissens stellen; wenn aber die Regierung eine Vorlage über das Monopol machen und auf Zustimmung des Reichstages in seiner gegenwärtigen oder ähnlicher Zusammensetzung rechnen wollte, so würde ein solches Vorgehen den heute zu Tage getretenen Thatsachen nicht entsprechen. Wir lehnen die §§ 2 und 3 und die Anträge v. Schmid ab, um damit offen gegen das Monopol zu votiren.

Präsident Hofmann: Wenn der Abg. Lasker nur von den Motiven der Abstimmung seiner Partei gesprochen hätte, würde ich keine Silbe dagegen gesagt haben: ich glaubte aber nicht, daß er berechtigt sei das Votum des Hauses in seinem Sinne zu interpretiren. Bei den in Zukunft zu machenden Vorlagen wird die Regierung auf die Gesammtheit der Verhandlungen Rücksicht nehmen.

Die Abgg. v. Schmid und v. Helldorff erklären, daß sie sich mit ihrem Votum für kein bestimmtes Tabakssteuersystem, weder für noch gegen das Monopol ausgesprochen haben.

Abg. Windthorst: Die Ablehnung dieser Paragraphen enthält für uns zugleich die Ablehnung des Monopols.

Abg. Richter (Hagen): Für mich und meine politischen Freunde muß ich mich dieser Erklärung anschließen, so daß also die Regierung über die Stellung aller Parteien des Hauses zum Monopol mit Ausnahme der sogenannten Wilden vollständig aufgeklärt ist. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker: Ich habe natürlich nur die Abstimmung meiner politischen Freunde interpretirt, aber nicht geglaubt, daß der Minister Hofmann annehmen würde die Stellung der Fortschrittspartei und des Centrums sei eine andere, als die unsere.

Die Anträge v. Schmid, sowie die §§ 2 und 3 der Vorlage werden abgelehnt und damit sind die übrigen Paragraphen mit Ausnahme des § 10 ebenfalls abgelehnt. § 10, der die Forderung von 200,000 M. für die Kosten der Erhebungen verlangt, wird ohne Debatte angenommen.

Damit ist die zweite Berathung dieser Vorlage erledigt, von der nur §§ 1 und 10 angenommen sind.

Es folgt die zweite Berathung des Nachtragsvertrages zu dem Vertrage vom 15. October 1869 über den Bau und Betrieb der Gotthard-Eisenbahn, durch welchen sich Deutschland verpflichtet zu den Kosten des Gotthardbahn-Unternehmens eine weitere Beisteuer von 10 Mill. Francs zu leisten.

Abg. Völk: In Folge eines Aufsatzes eines süddeutschen Blattes, dessen Autorschaft ihm mit Unrecht zugeschrieben worden, sei in der Schweiz das Gerücht entstanden, als ob Deutschland an die wirthschaftliche und politische Annexion der Schweiz denke. Dieses Gerücht habe neue Nahrung erhalten durch einen Artikel der „Vossischen Zeitung", der aus Köln mitgetheilt wurde, daß der Abg. Völk in unbegreiflicher Taktlosigkeit auf die Annexion der Schweiz gerichtete Wünsche entwickelt habe. Es werde aber gewiß Niemand im Hause bezweifeln, daß bei dem vorliegenden Unternehmen in keiner Weise an irgend welche wirthschaftliche oder politische Annexion der Schweiz gedacht worden sei.

Abg. v. Frankenstein bemerkt, daß das Unternehmen, wenn dieser Zuschuß bewilligt werde, Deutschland 30 Millionen koste, und noch jetzt lasse sich keineswegs absehen, ob nicht weitere Mehrkosten entständen.

Abg. Gerwich ist der Ansicht, daß dieser Zuschuß von 10 Millionen zur Herstellung des Unternehmens ausreichen werde; es ließen sich einige Ersparnisse machen, wie sie schon dadurch ermöglicht würden, daß an Stelle der zuerst projectirten 263 Kilometer jetzt nur noch 213 Kilometer in das Netz der Gotthardtbahn fielen.

Geh. Reg.-Rath Kinel betont, daß der jetzige Kostenanschlag nicht überschritten werden würde, da derselbe auf einen sorgfältig geprüften Plan gegründet sei.

Abg. Hammacher: Wenn auch dieser Kostenanschlag sich als nicht richtig erweise, so würde eine bedeutende Verantwortlichkeit auf die Regierung fallen. Im Einzelnen wäre eine Mittheilung der Gründe, aus denen das Innehalten des früheren Kostenanschlages nicht zu ermöglichen war, wünschenswerth gewesen.

Geh. Reg.-Rath Kinel erwidert, daß wegen der Ueberschreitung des ursprünglichen Kostenanschlages Niemandem ein Vorwurf gemacht werden könne, da bei diesem Unternehmen, wie dies in der Natur der Sache liege, die wirklichen Kosten auch nicht annähernd hätten vorausbestimmt werden können.

Abg. Reichensperger (Krefeld) spricht sich gegen die Vorlage aus, weil man der Versicherung, daß der jetzige Zuschuß definitiv zur Herstellung der Bahn ausreiche, nicht zu viel trauen dürfe.

Abg. Schröder (Lippstadt): Als 1871 dieser Vertrag abgeschlossen wurde, befand sich Deutschland in einer Periode des Größenwahns. (Rufe: Oho!) Heute liegt die Sache anders; sogar Italien, welches unmittelbar an der Sache interessirt ist, will keine Zuschüsse mehr leisten. Wenn Italien seinen Antheil zahlte, so wären auf Deutschland nur 4 Millionen gekommen; und wenn die am meisten Betheiligten sich von dem Unternehmen zurückziehen, so brauchen wir, die am wenigsten Betheiligten nicht dafür zu stimmen.

Abg. Berger: Die unmittelbar Betheiligten ziehen sich nicht von dem Unternehmen zurück. Die Schweiz bemüht sich seit Jahren, das Unternehmen über Wasser zu halten. Wenn wir jetzt, nachdem wir 20 Millionen gezahlt haben und die Beendigung des Unternehmens in drei Jahren in Aussicht steht, den nachträglichen Zuschuß nicht gewähren wollten, so würden wir uns vor den Augen von ganz Europa blamiren. Unrichtig ist, daß der Vertrag im Jahre 1871, wo wir Alle am Größenwahnsinn gelitten haben sollen, zu Stande gekommen ist. Er ist damals nur formell zu Stande gekommen, während das Engagement schon 1869 eingegangen war.

Das Haus nimmt den Entwurf in zweiter Lesung unverändert an.

Ohne Debatte genehmigt das Haus unverändert in zweitet Berathung den Gesetz-Entwurf, betr. die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung. Abg. Hirsch: die Fortschrittspartei acceptirt die Beschlüsse zweiter Lesung trotz mancher Bedenken als eine Verbesserung der bestehenden Gewerbeordnung mit Ausnahme der Punkte, deren Abänderung sie auch in dritter Lesung beantragen müsse. Dies seien das Verbot der Sonntagsarbeit, welches eine Consequenz des socialdemokratischen Zwangsnormalarbeitstages sei, ferner das Gebot der Führung von obligatorischen Arbeitsbüchern bis zum Alter von 21 Jahren, endlich die weiten dem Bundesrathe ertheilten polizeilichen Befugnisse. Die Fortschrittspartei hoffe von der dritten Lesung eine Aenderung der bisherigen Beschlüsse in freiheitlichem Sinne, werde aber auch im entgegengesetzten Falle für das ganze Gesetz stimmen können, wenn sie die Ueberzeugung gewinnen werde, daß es nicht, wie von conservativer Seite behauptet werde, eine Etappe zu einer weiteren wirthschaftlichen Reaction sein solle.

Abg. Westermayer legt gerade auf die Bestimmung der Sonntagsruhe und auf andere gleichartige, in denen das religiös-sittliche Moment zum Ausdruck gelange, großen Werth. In den gewerblichen Fachschulen werde weniger Religion und Sittlichkeit gepflegt, als vielmehr unnützer gelehrter Ballast den Lehrlingen eingepfropft. In einer Münchener Fachschule wurde „der Begriff und die Entstehung des Staats, sein Zweck und seine Bestimmung" gelehrt (Heiterkeit), ein Thema, über das sich die hervorragendsten Staatsmänner seit tausend Jahren streiten. Die ganze moderne Pädagogik müsse beseitigt werden, wenn das Christenthum Bestand haben solle. Die Simultanschulen seien die Pionniere der Alles nivellirenden Socialdemokratie. Radical müsse man die socialen Mißstände heilen, nicht mit Hühneraugenpflastern, wie diese Vorlage eines ist. (Heiterkeit.)

Abg. Ackermann erklärt, er und seine Partei werde auf den vom Abg. Hirsch angebotenen Pakt nicht eingehen, welcher nur dann für diese Vorlage stimmen zu wollen erklärte, wenn die Conservativen sich mit derselben definitiv zufrieden erklären würden. Sie würden ihre Forderungen aufrecht erhalten und dieselben bei geeigneter Gelegenheit weiter verfolgen. Sie fühlten sich bei diesen Bestrebungen getragen von allen Elementen der deutschen Nation, welche Zucht und Ordnung wieder im gewerblichen Leben herstellen wollen. Indeß begrüßten sie die Concessionen, welche schon in dieser Vorlage ihren Bestrebungen gemacht seien, namentlich die Bestimmungen über Sonntagsruhe und obligatorische Arbeitsbücher, mit Freuden und würden für dieselben stimmen.

Abg. Stumm protestirt gleichfalls gegen den vom Abg. Hirsch der rechten Seite des Hauses angebotenen Pakt; der schon in der Commission hervorgetretene principielle Gegensatz zwischen den beiden Richtungen sei ein viel zu tiefer, als daß ein solcher Pakt möglich wäre. Der Abg. Hirsch habe zu dem seine Ansichten in dieser Materie in Betreff der wesentlichsten Punkte geändert.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 10 Uhr. (Auslieferungsvertrag mit Schweden, kleinere Vorlagen, Novelle zur Gewerbe-Ordnung und Gewerbegerichte.)

Berlin, 17. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Advokat-Anwalt, Geheimen Justiz-Rath Küchen zu Aachen, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kataster-Controleur, Steuer-Inspector Dahs zu Köln, dem Kataster-Controleur, Steuer-Inspector Reinemann zu Gersfeld, dem Canzlei-Rath Rothe zu Burgsteinfurt, dem Bürgermeister Ganns zu Sulzbach im Kreise Saarbrücken und dem Bürgermeister Schmitz zu Oberkassel im Siegkreise den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Major a. D. Schmidt von Schwind, bisher à la suite des Thüringischen Ulanen-Regiments Nr. 6 und Lehrer beim Militär-Reitinstitut, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Prediger der Mennonitengemeinde zu Danzig, Mannhardt, dem Kaufmann Albert Haase zu Stettin und dem Fabrikanten Karl Weyerbusch zu Elberfeld den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem pensionirten Kreisboten Schröder zu Mühlheim am Rhein das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Schullehrer und Organisten Bagdahn zu Neu-Paleschken im Kreise Berent die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Regierungs-Präsident Hoffmann zu Danzig in gleicher Amtseigenschaft an die Regierung in Aachen versetzt werde; ferner den Landdrosten Freiherrn von Quadt und Hüchtenbruck zu Osnabrück zum Präsidenten der Regierung in Oppeln ernannt; und dem Calculatur-Vorsteher bei dem Berliner Polizei-Präsidium, Ludwig Krüger, den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Polizei-Secretär Ludwig Allolio in Berlin den Charakter als Kanzlei-Rath beigelegt.

Se. Majestät der König hat dem Commerzien-Rath Ebeling zu Berlin den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath; sowie dem Kaufmann, Mitinhaber der Firma Mode-Bazar von Gerson u. Co., Siegmund Levi zu Berlin, den Charakter als Commerzien-Rath; und dem Ofenfabrikanten und Töpfermeister Carl Theodor Oscar Titel zu Berlin das Prädicat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen.

Der Oberförster Kolbe in Warnow ist auf die durch Pensionirung des Oberförsters Richter erledigte Oberförster-Stelle zu Stepenitz, im Regierungsbezirk Stettin, versetzt worden. — Der Thierarzt erster Klasse August Christian Ludwig Meyer zu Nordstrand ist zum commissarischen Kreisthierarzt des Kreises Plön, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Plön, ernannt worden.

Berlin, 17. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute, nach der Besichtigung zweier Regimenter auf dem Tempelhofer Felde, die Vorträge des Kriegs-Ministers und des Militär-Cabinets entgegen und empfing den Feldmarschall Grafen Moltke, sowie später den Oberst-Lieutenant von Dresky, Commandeur des Schlesischen Ulanen-Regiments Nr. 2. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 17. Mai. [Maßregeln gegen die Socialdemokratie. — Deutsch-österreichischer Handelsvertrag.] Seitens des Fürsten Bismarck geht heute dem Bundesrath ein Antrag Preußens auf Erlaß eines Gesetzes zur Abwehr social-demokratischer Ausschreitungen zu. Der Antrag ist das Ergebniß der Berathungen im Staatsministerium während der letzten Tage, zu welchen auch der Staats-Secretär des Reichs-Justizamtes Friedberg zugezogen war. Der Justizminister Leonhard war durch Krankheit zurückgehalten, weshalb der Vorsitz dem Cultusminister Dr. Falk zufiel. Die Einbringung mit der Namensunterschrift des Fürsten Bismarck bekundet das volle Einverständniß des Staatsministeriums mit demselben. Es handelt sich nicht um Beschränkung einer der verfassungsmäßigen Freiheiten im Allgemeinen, sondern um eine Special-Ermächtigung für den Bundesrath zu Maßregeln gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie. Der Gesetzentwurf stellt eine Vollmacht für den Bundesrath fest, Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Socialdemokratie verfolgen, zu verbieten, vorbehaltlich der Genehmigung des Verbotes durch den Reichstag, sobald derselbe versammelt ist. Abgesehen von dieser Ermächtigung, gegen die socialdemokratische Presse und Vereine einzuschreiten, ist ein Strafparagraph gegen die Untergrabung der staatlichen Ordnung, aber auch mit specifischer Beziehung des Ursprungs aus der socialdemokratischen Richtung aufgenommen. Das Gesetz soll auf drei Jahre gelten. Die Einbringung dieses Gesetzes, welches wohl gleich Anfangs nächster Woche an den Reichstag gelangen dürfte, wird selbstverständlich auf die bisherigen Dispositionen über den Schluß der Session einen abändernden Einfluß üben. Wenn die „Prov.-Corr." im Gegensatz zu anderen Meldungen sagt, daß der Schluß nicht vor dem 25sten möglich sein werde, so hat dies wohl auf der Inaussichtnahme einer derartigen Vorlage beruht. — In Bezug auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag, welcher in den letzten Tagen vielfach zum Gegenstand von Erörterungen gemacht ist, läßt sich wohl der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß nach Lage der Sache zu der bereits bis zum 30. Juni d. J. ausgesprochenen Verlängerung wohl eine weitere Verlängerung bis zum Ablauf des Jahres 1878 ausgesprochen werden wird.

= **Berlin**, 17. Mai. [Gerüchte. — Ausnahmsgesetze gegenüber den Socialdemokraten. — Demissionsgesuch Falk's. — Dr. Achenbach.] In den Nebenräumen des Reichstages herrschte während der heutigen Sitzung eine fieberhafte Bewegung. Gerüchte und Thatsachen der überraschendsten Art folgten einander auf dem Fuße. Man wußte, daß als Resultat der Ministerberathungen der letzten Tage ein Antrag Preußens an den Bundesrath gelangt sei und erzählte von diesem die seltsamsten Dinge. Sollte doch sogar eine Abänderung des Wahlgesetzes darin enthalten sein mit fünfjährigen Wahlperioden, Erhöhung des Alters für die active Wahlthätigkeit und dergl. mehr. Gleichzeitig wurde verbreitet, der Minister Dr. Falk habe vorgestern seine Entlassung eingereicht. Diese alarmirenden Nachrichten erwiesen sich jedoch alsbald theils übertrieben, theils unrichtig. Thatsächlich ist dem Bundesrath ein Antrag Preußens unterbreitet und zwar ist derselbe zunächst den stimmführenden Ministern behufs schleuniger Einholung von Instructionen zugegangen. Der Entwurf ist betitelt: „Gesetzentwurf gegen die Ausschreitungen socialdemokratischer Bestrebungen". Er umfaßt 8 Paragraphen und giebt dem Bundesrath die Ermächtigung, Vereine und Druckschriften, welche socialdemokratischen Bestrebungen dienen, zu verbieten und zu unterdrücken. Eine solche Maßnahme unterliegt jedoch der Zustimmung des Reichstages, welche, wenn derselbe versammelt ist, sofort andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt einzuholen ist. Wird die Genehmigung nicht ertheilt, so ist der Erlaß ungiltig. Verbote socialdemokratischer Druckschriftn und Vereine können durch die Ortspolizei erfolgen, deren bez. Anordnungen jedoch erlöschen, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen vom Bundesrathe bestätigt werden. Die Beschlagnahme socialdemokratischer Druckschriften kann durch polizeiliche Anordnung erfolgen, ohne daß die richterliche Bestätigung erforderlich ist. Versammlungen und Druckschriften zum Zwecke socialdemokratischer Bestrebungen, welche die Grundlagen des Staates und der sittlichen Ordnung angreifen, sollen mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft werden. Dies der ungefähre Inhalt der Vorlage, welche mit großer Beschleunigung an den Reichstag gelangen wird. Schon morgen, spätestens Sonntag, wird sie im Bundesrath discutirt werden. Man wollte wissen, sie würde den Ausschüssen für Justizwesen und Verfassung überwiesen und mit dem Referat ein süddeutscher Jurist betraut werden. Unter solchen Umständen ist es möglich, daß der Entwurf Montag im Reichstage zur Vertheilung kommt, indessen ist nicht gut anzunehmen, daß der Reichstag einer so wichtigen Vorlage gegenüber von der geschäftsordnungsmäßigen Frist von zwei Tagen bis zur ersten Lesung absehen wird. Damit aber ist es selbstverständlich, daß der Schluß der Session nun keinenfalls mehr in die erste Hälfte der Woche fallen kann. Was ferner den Cultusminister Dr. Falk betrifft, so steht es fest, daß dieser allerdings sein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Dies ist aber bereits vor länger als acht Tagen, am 9. d. Mts., also zwei Tage vor dem Attentat, geschehen. Die Beweggründe dieses Schrittes, welcher bei der großen Verehrung des hochverdienten Ministers in weitesten Kreisen schmerzlich empfunden wird, hängen mit augenscheinlich tiefgehenden Differenzen in den evangelisch-kirchlichen Fragen zusammen. Mit dem Attentat und den Ministerberathungen, welche demselben folgten, sowie mit den Resultaten der letzteren hat die Entschließung des Ministers Falk nichts zu thun. Der Justizminister Dr. Leonhardt ist seit vergangenem Montag durch einen erneuten Gichtanfall an das Bett gefesselt. Als ältestes Mitglied des Ministeriums hatte daher Minister Dr. Falk dem Ministerrath der letzten Tage zu präsidiren. Das Entlassungs-Gesuch des Cultusministers ist noch nicht bestätigt; seine Annahme wird indessen nicht bezweifelt, wenn auch erst nach Rückkehr des Fürsten Bismarck erwartet. Gespannt ist man freilich darauf, wer zum Nachfolger ersehen sein wird. In parlamentarischen Kreisen wollte man mit Bestimmtheit wissen, der Cultusminister sei fest entschlossen, sich in das Privatleben zurückzuziehen. — Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Staatsminister a. D. Dr. Achenbach, geht morgen auf seinen Posten ab.

[Marine.] Briefsendungen für S. M. S. „Medusa" sind von heute ab bis zum 15. Juni c. nach Norfolk (Nordamerika), vom 16. Juni bis incl. 7. Juli nach Halifax (Nova Scotia) und vom 8. Juli c. ab bis auf Weiteres nach Plymouth zu dirigiren.

Königsberg, 14. Mai. [Socialdemokratische Versammlung.] Gestern Abend fand im Saale des Kneiph. Gemeindegartens eine socialdemokratische Versammlung statt. Nach erledigter Tagesordnung forderte der Redacteur der „Königsberger freien Presse," Herr Just, die Anwesenden auf, sich jeder Discussion über die „Berliner Sache" zu enthalten und sich nicht einen Majestätsbeleidigungsprozeß auf den Hals zu ziehen.

Darmstadt, 13. Mai. [Die zweite Kammer,] welche morgen zusammentritt, wird sich neben Anderem mit der Berathung der für das Land für lange Zeit hinaus fühlbaren wichtigen Finanzfrage der Civilliste zu beschäftigen haben. Die jetzt gedruckt vorliegenden Berichte der Mehrheit (5 Mitglieder) und Minderheit (4 Mitglieder) der besonderen Commission der zweiten Kammer giebt das gesammte, zum Theil auch geschichtlich höchst interessante Material zur Beurtheilung der Angelegenheit. Die Minderheit bestreitet zunächst die von der Regierung beliebte Auslegung jener Bestimmung der Verfassung, welche sich auf die Verwendung der Einkünfte aus dem Familieneigenthum des großherzoglichen Hauses bezieht. Es sei nicht richtig, daß der ganze Reinertrag dieser Güter zu den Bedürfnissen des Hofes verwandt werden könne, jener Reinertrag sei nur in erster Linie dazu bestimmt; der einzig richtige Maßstab zu der Beurtheilung, wie weit er zu

verwenden sei, sei das nachzuweisende Bedürfniß des Hofes und die Rücksicht auf die Verhältnisse des Landes. Die Sicherstellung der Bedürfnisse des Hofes sei vorzugsweise, aber nicht „zunächst", wie die Regierung meine, auf jene Domänenerträge angewiesen; sonst sei es eben so richtig, daß das Land niemals verpflichtet gewesen sei, die jene Erträgnisse übersteigenden Bedürfnisse des Hofes aufzubringen, was gleichwohl länger als 30 Jahre geschehen sei. Nichts Anderes sei jemals bestimmt worden, als daß die Civilliste in einer den Bedürfnissen des Regentenhauses und den Verhältnissen des Landes gleich angemessenen Weise festgesetzt worden, ohne Rücksicht auf die Erträgnisse jenes Familienbesitzes. Die Rechnung der Reinerträge von drei Jahren dieses Besitzes als Grundlage der Bewilligung eines so hohen Betrages wird mit dem Bemerken zurückgewiesen, daß es sich um Bewilligung auf Lebenszeit handle. Aus den actenmäßig-geschichtlichen Bemerkungen des Berichtes geht hervor, daß die Civilliste früher nie mehr als 807,428 M. betrug und daß sie erst unter dem Ministerium Dalwigk (1855) nach Gewährung von Darlehen von 1,000,000 und 100,000 Fl. auf 1,081,714 M. mit der Verpflichtung festgesetzt wurde, jährlich 205,714 M. zur Schuldentilgung zu verwenden, wodurch sie auf 876,000 M. feststand. Aus allen durch fast 35 Jahre gehenden Verhandlungen der Stände erscheine jenes Recht der Feststellung der Civilliste mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Landes als die eigentliche Grundlage, auf welcher mit den Ständen stets die Vereinbarung getroffen worden und auch jetzt wieder zu treffen sei. Die Minderheit legt Verwahrung gegen jede weitere Erhöhung der Civilliste und der Apanagen und jede präjudicielle Folgerung hieraus ein. Der Antrag der Mehrheit besteht in einer „Vereinbarung" mit der Regierung, wonach zugestimmt werden soll, daß 1,096,288 M. als Civilliste bewilligt, die Schulden aus dem Erlös des Frankfurter Palais und, wenn erforderlich, durch Verkauf von Schatull-Gütern getilgt werden sollen, die Schuldentilgung sofort bis zu fünf Jahren aus dem Domänen-Acquisitionsfonds gegen 3 pCt. Zinsen erfolge, die beiden Güter als fürstliches Privat-Eigenthum anerkannt unter Verzicht auf die Rechte des Landes; die 1866 erworbenen Domänen Landes-Eigenthum werden, die Erhöhung der Prinzen-Apanagen auf die Hofkasse übernommen und auf das Hofgut Ulrichstein zu Gunsten des Landes verzichtet wird — dieser „Vereinbarung" als untrennbarem Ganzen zuzustimmen.

Darmstadt, 14. Mai. [Zweite Kammer.] In heutiger Sitzung der wieder zusammengetretenen zweiten Kammer gedachte der Präsident zunächst des Kaiserattentates und gab den Gefühlen, welche die Kammer bewegen, Ausdruck. Eine Reihe von Interpellationen wurde beantwortet.

Darmstadt, 13. Mai. [Affaire Wiegand.] Der Cassationshof hat heute die Nichtigkeits-Beschwerde des wegen Verbrechens im Amt — Unterschlagung von 20,000 fl. — zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilten Kriegsraths Wiegand als unbegründet verworfen.

München, 14. Mai. [Socialdemokratische Agitation.] Der „A. Ztg." schreibt man: Das socialdemokratische Blatt „Zeitgeist" hat gestern die Parole ausgegeben: es sollen sich die Arbeiter zu ihren Sonntagsausflügen in Gruppen von 20—30 Personen theilen und die Umgegend von München und den anderen altbaierischen Städten überschwemmen. Die Tisch- und Hausagitation müsse von diesen Gruppen mit Eifer und Geschick bei der ländlichen Bevölkerung der Vororte betrieben werden. Der Zeitpunkt sei jetzt da, „die unzufriedenen Bauern" zu gewinnen, und mit der Landbevölkerung vereint werde die socialdemokratische Bewegung in Ober- und Niederbaiern unüberwindlich werden. Nach allen Richtungen hin sollen die socialdemokratischen Streifpatrouillen wirken, und es werde dafür gesorgt werden, daß dieselben mit gehöriger — Munition versorgt seien; noch vor Pfingsten würden „Tractätlein" für das Landvolk die Presse verlassen. Mit diesen Schriftchen versehen sollen die Streifzüge unternommen, die Tractätlein sollen unter das Landvolk gebracht und ganz Ober- und Niederbaiern damit überschwemmt werden. Allzu großen Erfolg von dieser Agitation scheint indessen das Blatt selbst nicht zu erwarten, denn es meint schließlich doch nur, „daß hier und da ein Same auf fruchtbares Feld fallen und üppig aufschießen werde." Wird der Parole des „Zeitgeistes" entsprochen, so kann es an den Sonntagen dieses Sommers in der Umgebung unserer Stadt recht lebhaft werden. Wenn wir übrigens den Herren Agitatoren einen Rath zu ertheilen hätten, so wäre es der: sich etwas vorzusehen, sonst könnten ihre Tractätlein von unserer Landbevölkerung mit deutschem Handschlag nach bekannter altbaierischer Manier reichlich heimgezahlt werden.

Straßburg, 13. Mai. [Zur Stadterweiterung.] Die Arbeiten zur Herstellung des neuen Centralbahnhofes, welcher sich zwischen dem neuen Kronenburgerthor und dem neuen Weißthurmthor erstrecken wird, sind vor Kurzem in Angriff genommen worden. Zunächst werden die Außenwerke vor dem alten Kronburgerthor zur Herstellung eines Theiles des Planums niedergelegt, da der innere Hauptwall der alten Befestigung vorerst noch stehen bleiben soll, bis der Wasserdurchfluß in den neuen Festungsgraben geleitet werden kann. Die Arbeiten an den neuen Werken der Stadterweiterung sind in vollem Gange; so wurde gestern das neue Steinthor, welches drei Thordurchfahrten, davon eine für die Pferdebahn, und zwei Fußgängerpassagen enthält, dem Verkehr übergeben. Das alte, aus der Belagerung 1870 mehrfach bekannte Steinthor soll noch im Laufe dieses Sommers abgetragen werden.

Provinzial-Zeitung.

Der botanische Garten im Jahre 1878.

Von H. R. Göppert.

I.

Die Frühlingsflora auf den Beeten ist nun fast vorüber, nicht aber die in Hainen und Gebüschen, welche hier, entlehnt aus unseren Wäldern, sehr vollständig vorhanden ist. Es ward dabei nicht blos die wissenschaftliche Benutzung bezweckt, sondern auch gewünscht, daß endlich bei Anlage unserer Parke und Gärten es den Gartenkünstlern gefallen möge, unserem Beispiele zu folgen, um ihren im zeitigen Frühjahr so kahlen Partien eine ganz unvergleichliche Zierde zu verleihen, deren sie jetzt gänzlich entbehren. Ein einziger aufmerksamer Blick in die Frühlingsflora unserer Laubwälder würde sie von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugen. Neue Einführungen exotischer Gewächse verbreiten sich schnell, die einheimischen nur langsam. Als ich vor dreißig Jahren die Berücksichtigung von Farn und Nadelhölzern empfahl, dauerte es dennoch mehrere Jahre, ehe sie Gemeingut wurden. Hoffen wir, daß es mit den Frühlingspflanzen schneller gehe. Auf unserer Promenade habe ich, wie auch schon früher im Scheitniger Park und im Zoologischen Garten, massenhafte Einführungen dieser Art veranlaßt, jedoch sind sie noch weit von Vollständigkeit entfernt. Wir empfehlen hierzu als früheste und schönste Zierde den sich durch zahlreiche Sprossen bald weiter verbreitenden Sauerklee (Oxalis Acetosella), mit hellgrünem Blätterrasen und verhältnißmäßig großen purpurviolet gestreiften Blüthen, die kleinen Schneeglöckchen, wie auch die unseren Gärten noch völlig fremden großen Schneeglöckchen mit weißen, grüngefleckten Blumen, die nicht minder berücksichtigungswerthen Frühlings-Anemonen, Anemone nemorosa, Ranuncoloiden und Hepatika, das allbekannte Leberblümchen in seinen rosenrothen blauen und weißen Varietäten, die in dichten Dolden versammelten Sternblüthen des Bärenlauchs, Allima urvirum (die feinste, die Chalotten an Geschmack noch weit übertreffende Lauchsorte), die durch ihr fremdartiges, wirklich elegantes Aeußere ausgezeichnete Hohlwurzel (Fumaria oder Corydalis bulbosa), die Haselwurzel (Acarum europaeum), mit ihren großen nierenförmigen, bis in den Winter hinein dauernden Blättern, eine zu Einfassungen, Vorpflanzungen von Strauchgruppen durch keine andere zu ersetzende Blattpflanze, welche alle wie noch viele andere sich ohne alle Pflege auch durch ihre Dauer empfehlen. Sie kommen alle in der Umgegend von Breslau, im Trebnitzer Hügelland, in den Flußthälern des Striegauer Wassers, der Weistritz massenhaft vor, und es bedürfte nur gärtnerischer Speculationen, um unsere Blumenmärkte dadurch zu verschönern. Die Frühlingsflora erinnert auch an die Alpenflora, welche in unseren Gärten im Frühling blüht und bei uns sehr zahlreich vertreten ist. Ich komme darauf zurück nach Einrichtung und Bepflanzung der hierzu neu angelegten Partien, von denen die eine über der Brücke links für die Monokotyledonen und Apetalen, sowie für sämmtliche bei uns im Freien ausdauernden, im ganzen Garten bis jetzt zerstreuten Farnkräutern bestimmt ist, die andere bei der morphologisch-physiologischen Partie für die den übrigen Klassen angehörenden Alpinen. Beide dienen zur Ergänzung der schon früher vorhandenen, am Wassergraben bei der paläontologischen Anlage befindlichen Anpflanzung dieser Art. Der im raschen Vorschreiten bestimmte Neubau, der uns ein größeres Aquarium, Abtheilungen zur Cultur von Farn, Orchideen, Fettgewächsen u. s. w., Zimmer zur Bibliothek, Herbarien und wissenschaftlichen Arbeiten, leider aber wegen Mangel an Raum kein größeres Auditorium bringen wird, erfordert vielfache Veränderungen in unsern Anpflanzungen, so daß es uns wohl kaum gelingen dürfte, in diesem Sommer noch die sonst gewohnte Ordnung des Ganzen herzustellen. Nach bald erfolgender Einrichtung unseres Gartenmuseums wird es auch möglich sein, zu den gegenwärtig vielleicht interessantesten Theilen der Gewächshäuser den Zutritt zu eröffnen, zu unserem kleinen Farnwalde, den wir größtentheils der nie ruhenden Generosität unseres verehrten Baron von Müller in Melbourne, eines der größten Gönner unseres Gartens, verdanken, wie zu der Musa Ensete, der Riesenbanane. Keine neuere Einführung läßt sich auch nur im Entferntesten mit diesem Prachtgewächs vergleichen. Unsere 5 Jahre alte Pflanze hat bei ⅓ m Stammstärke bereits bis zur Spitze des Laubes eine Höhe von 6—8 m erreicht und wird bald mit ihrem Dutzend von 4 m langen und ⅔ m breiten Blättern Noth haben, sich in unserm Palmenhause den zum Blühen erforderlichen Raum zu erkämpfen. Einheimisch ist sie in den gemäßigten Gegenden Abyssiniens, wiewohl auch im ganzen äquatorialen Afrika, von wo sie zuerst 1853 nach Kew gelangte und dort bei 40 Fuß Höhe und ⅔ m Stammstärke 1858 ihre Blüthen entwickelte. Im Jahre 1864 blühte sie im Botanischen Garten in Berlin bei nur 8 m Höhe. Herr Dr. Wittmack, der hochverdiente Custos des landwirthschaftlichen Museums in Berlin, lieferte eine ausgezeichnete Monographie derselben. Im Sommer läßt sie sich auch bei uns nach unseren im vorigen Jahre gemachten Erfahrungen im Freien zu ansehnlicher Größe erziehen. Wir hoffen sie auch auf unseren Promenaden dem Publikum zeigen zu können. In ihrem Vaterlande gilt das Innere des Stammes und der Wurzel als das beste aller Nahrungsmittel. — Der von mir herausgegebene Führer durch den Botanischen Garten wird in 6. Auflage in den nächsten Tagen erscheinen.

(Fortsetzung folgt.)

A.F. **Breslau**, 17. Mai. [Der Verein „Breslauer Dichterschule"] hat im vorigen Monat laut den Mittheilungen des soeben erschienenen Aprilheftes seiner Monatsberichte, ausschließlich des auf den dritten Osterfeiertag gefallenen Vereinsabends, vier Sitzungen, unter Beibehaltung der üblichen, in Vortrag und kritischer Beurtheilung der eingegangenen Productionen, bestehenden Tagesordnung abgehalten. Von größeren Arbeiten war eine Humoreske: „Ostern", von Mitglied Ad. Freyhan, und der größere Theil eines 4actigen Lustspiels von Mitglied L. Sittenfeld vorgelesen und zur Discussion gestellt worden. — Den poetischen Inhalt des neuen Heftes eröffnet ein „Lied" von Hans Hellmuth, dem sich ein größeres, in Form und Stoff wie im Farbenreichthum seiner Darstellung an Freiligrath erinnerndes Gedicht „In der Wüste" von Th. Altwasser anschließt. Weitere, zumeist kleinere Beiträge auf dem Gebiet der lyrischen Poesie, lieferten die Mitglieder Carl Schwattenthal, Hellmuth, Gust. Ad. Weiß, A. Stanislas, Sigmar Mehring, Ad. Freyhan, Rudolf Liebmann und Heinrich Pleban. — An die Briefkasten-Correspondenz des Heftchens knüpft die Redaction das Gesuch an die Mitglieder, etwaige Vorschläge für die Gründung und Verwaltung des projectirten Unterstützungsfonds dem Verein baldigst zugehen zu lassen. — Durch den vor Kurzem erfolgten Tod des Herrn Moritz Urbach hat die Breslauer Dichterschule wiederum den Verlust eines treuen, trotz seiner vorgerückten Jahre mit jugendlicher Frische und lebhaftem Interesse für ihre Zwecke thätig gewesenen Mitgliedes zu beklagen. — Mit dem Beginn dieses Monats hat der Verein seine Sitzungen wieder in den Gartensalon seines Vereinslocals verlegt.

—d. **Breslau**, 17. Mai. [Der Bezirksverein der Schweidnitzer Vorstadt] hielt gestern Abend im Saale von Pietsch auf der Gartenstraße unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers und Stadtverordneten Kempner eine Versammlung ab, in welcher Gasanstalts-Director Troschel einen höchst lehrreichen und fesselnden und mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommenen Vortrag über „die Fortschritte der Gas-Industrie" hielt. Die Versammlung sprach dem Redner ihren Dank durch Erheben von den Plätzen aus. Am Schluß seines Vortrages lud Redner den Verein zum Besuch der Gasanstalt ein, damit er die theoretischen Ausführungen in praktischer Weise erklären könne. In Folge dessen beschloß die Versammlung, Sonntag, den 26. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, die Gasanstalt vor dem Ziegelthor zu besuchen. — Bezüglich der in Aussicht genommenen Sommer-Vergnügungsfahrt mit Damen wurde beschlossen, eine Fahrt durch den Oderwald nach Leubus zu unternehmen. Alle weiteren Vorbereitungen wurden einem Vergnügungs-Comite überlassen.

X **Neumarkt**, 17. Mai. [Tageschronik.] Auch der hiesige Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung haben nach dem Attentat auf die Person Sr. Majestät des Kaisers ein Glückwunsch-Telegramm an Se. Majestät den Kaiser ob gesendet. — In letzter Stadtverordneten-Sitzung kam zunächst der Beschluß hiesigen Magistrats zur Erörterung wegen Verlegung des Schützenschießstandes. Derselbe soll laut Project nach dem sogenannten Neuteich oder in die Nähe der Thongruben verlegt werden. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Schützenhauptmanns, Stadtverordneten Paul Pavel mit 12 Stimmen gegen 8 Stimmen angenommen, beim Magistrat die Belassung des bisherigen Schießplatzes zu befürworten, wenn die Schützengilde die größtmöglichsten Vorsichtsmaßregeln am Schießplatze trifft. Auch der Umbau des Minoritenklosters in eine evangelische Kirche kommt wieder zur Sprache, und ist zur Auseinandersetzung der Stadtgemeinde mit der evangelischen Kirchengemeinde wegen der Räumlichkeiten eine Commission gewählt worden. — Das Comitee für Errichtung eines Siegesdenkmals hatte ein vom Baumeister Lange entworfenes neues Project eines, in der Breslauer Vorstadt auf dem Platze der abgebrannten Klingner-Scheune zu errichtenden Denkmals vorgelegt, wozu die Stadt-Commune 1000 Mark beitragen sollte. Da mit solchen geringen Mitteln jedoch ein Denkmal sich nicht herstellen läßt, ist von der Summe (?) Abstand genommen worden. — Gestern entlud sich ein schweres Gewitter über unserer Stadt mit einem befruchtenden, wenn auch nicht lange andauernden Regen. Der Blitz schlug in einen Baum.

s. **Waldenburg**, 16. Mai. [Ein lange Vermißter als Leiche gefunden. — Waldbrand. — Gewitter.] Markscheider G. aus Altwasser unternahm im September v. J. eine Reise ins Riesengebirge, kehrte aber seit jener Zeit nicht wieder zurück. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib desselben waren erfolglos. Endlich am vergangenen Sonnabende erhielt Frau G. die Nachricht, daß man bei der Spindelmühle in der Nähe von St. Peter in Böhmen die Leiche eines Mannes gefunden habe, welche allem Anschein nach die des seit acht Monaten vermißten Markscheiders G. sein müsse. Frau G. reiste sofort nach dem genannten Orte und fand jene Vermuthung bestätigt. Da eine Beraubung des G. nicht stattgefunden hat, so ist anzunehmen, daß ein Schlaganfall seinem Leben ein Ende gemacht hat. Am Bußtage sollte die Ueberführung der Leiche nach Altwasser stattfinden, mußte jedoch eingetretener Umstände halber unterbleiben. — Am Montage Nachmittag gegen 2 Uhr entstand in dem Altwasser Dominialforste ein Waldbrand, welcher trotz der angestrengten Arbeit zahlreicher Löschmannschaften den jungen, kräftigen Holzwuchs einer mehrere Morgen umfassenden Fläche arg beschädigte. Der Schaden soll sich auf 1800 bis 2400 Mark belaufen. Auch die in der Nähe des Waldes stehenden Gebäude waren gefährdet. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein junger Bergmann, der mit einem Gefährten durch den Wald ging, ein noch brennendes Reis, womit er sich die Pfeife angezündet, wegwarf und ohne sich weiter um die Folgen zu kümmern, davon ging. — Heut Nachmittag gegen 3 Uhr entlud sich wiederum in hiesiger Gegend ein von einem starken Regenguß begleitetes kurz andauerndes Gewitter.

[Notizen aus der Provinz.] • Seidenberg. Der „Laubaner Anz." meldet: In unserem Nachbarorte Göhe sind am vergangenen Sonntage mehrere Familien von einem schweren Unglücksfalle betroffen worden. In früher Morgenstunde unternahm Herr Mühlenbesitzer Tschiedel in Begleitung seiner Frau, einer Tochter (welche Braut), der Schwägerin, sowie des zukünftigen Schwiegersohnes und des Ortslehrers nebst seiner Frau eine Reise nach Reichenberg, und war zu dem eigenen Pferde des Tschiedel noch ein dem Schulzen gehöriges sehr werthvolles Pferd nebst Glaswagen geliehen worden. Bei der Einfahrt nach Stadt Friedland und zwar auf der Hinreise, waren in Folge Versagung der Wagenhemme die Pferde nicht mehr im Stande, den Wagen zu halten und gingen bergabwärts im rasenden Laufe auf ein entgegenstehendes Haus und zwar mit solcher Vehemenz, daß Tschiedel, sowie das geliehene Pferd sofort todt waren, während der Schwiegersohn den Bruch eines Armes, sowie der Lehrer Verletzungen am Kopfe und Wunden von Eindrücken der Glassplitter erlitten haben. Die Reise soll dem Ankaufe des Brautkleides gegolten haben und hat der traurige Abschluß derselben die größte und allgemeine Theilnahme in der Gegend hervorgerufen.

+ Sagan. Das hiesige „Wochenblatt" meldet: Am Bußtage hat ein verheerender Waldbrand die herzogl. Sagan'sche Haide betroffen. Das Feuer ist gegen 10 Uhr Morgens auf Revier Dober ausgebrochen und hat gegen 1000 Morgen Forst vernichtet. Auch bei Brennstadt soll ein Waldfeuer entstanden, aber noch rechtzeitig am Weiterumsichgreifen gehindert worden sein. Aus Dittersdorf bei Sprottau wird ebenfalls ein Waldbrand gemeldet.

△ Oels. Unsere „Locomotive" berichtet unterm 17. Mai: Gestern Nachmittag zog ein Gewitter über die Stadt, welches sich indeß erst östlich von derselben mit ziemlicher Heftigkeit entlud und mehrfachen Schaden anrichtete. In Groß-Zöllnig schlug der Blitz ein und zündete, wodurch auf dem Masog'schen Gute das Wohnhaus und die Scheuer abbrannte. Ueber ein auf dieselbe Weise entstandenes Feuer, welches in Bielguth vermuthet wurde, haben wir nichts Näheres erfahren können.

Berlin, 17. Mai. [Börse.] Die heutige Börse charakterisirte sich als eine durchaus feste und fand in den neueren politischen Nachrichten auch in dieser Beziehung eine mächtige Stütze. Trotzdem aber blieb der Verkehr nur ein sehr unbedeutender. Die größeren Finanzkräfte bleiben allen und jeden speculativen Unternehmungen fern, und die sogenannte kleine Speculation vermeidet es sorgfältigst, das Engagement zu hoch anwachsen zu lassen. Das heutige Geschäft liefert hierzu den treffendsten Beweis, denn jede in der Coursbewegung sich ergebende Gewinnchance wurde sofort zu Realisationen benutzt. Auf diese Weise wechselte für österreichische Credit-Actien, die gegenwärtig das erste Speculationsobject abgeben, fortdauernd Angebot und Nachfrage. Im Allgemeinen verfolgte die Coursbewegung steigende Richtung, sie unterlag indeß vielfachen kleinen Schwankungen. Für österreichische Staatsbahn-Actien war nur wenig von der gestern constatirten Vorliebe noch übrig. Die heute publicirte Wochen-Einnahme befriedigte nicht. Der Cours unterlag anfangs einer nicht ganz unbedeutenden Reduction, erfuhr später zwar eine Besserung, konnte jedoch den gestrigen Schlußcours nicht wieder erreichen. Lombarden betheiligten sich etwas am Verkehre und gingen auch mit einer Cours-Erhöhung aus demselben hervor. Die österreichischen Nebenbahnen bekundeten auch heute eine sehr feste Haltung. Galizier hielten sich unverändert. Elisabet- und Böhmische Westbahn, Rudolfbahn und Kaschau-Oderberger zählen zu den besonders bevorzugten. Die localen Speculations-Effecten trugen in Uebereinstimmung mit der Gesammtstimmung eine recht feste Tendenz. Disconto-Commandit-Antheile konnten eine Courssteigerung durchsetzen, Laura-Actien waren aber verhältnißmäßig matter, da der stark gewichene Eisencours aus Glasgow Käufer zur Vorsicht mahnt. Es notirten: Disc.-Comm. ult. 113¾—13,40—13,90. Auswärtige Staatsanleihen fest und lebhaft, auch russische Werthe, mit Ausnahme von Prämien-Anleihen, steigend. 5proc. Anleihen per ultimo 76—75⅞—76½—76⅜, russ. Noten pr. ultimo 200—199—199½. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Einheimische Prioritäten beliebt und in ziemlich gutem Verkehr. Görlitzer C, Köln-Mindener, Braunschweig., Potsdamer und Halle-Sorau bevorzugt. Auswärtige Prioritäten fest, aber nur mäßig belebt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte hatte eine feste Stimmung Platz gegriffen und zeigte sich auch die Kauflust wieder etwas reger. Anhalter besser, Potsdamer ebenfalls anziehend, Halberstädter behauptet, Stettiner waren vernachlässigt und mußten etwas nachgeben, Oberschl. zogen etwas an, Freiburger matter, Rumänen nicht ganz unbelebt und steigend, Ostpreußische Südbahn und Nahebahn besser, andere leichte Bahnen verhielten sich sehr ruhig. Bankactien meist ganz geschäftslos. Deutsche Nationalbank besser, Leipziger Wechslerbank steigend, Darmstädter erhöhten die Notiz, Pommersche Hypotheken, Meckenburger Hypotheken udd Leipziger Credit anziehend, Berliner Handelsgesellschaft niedriger. Industriepapiere im Allgemeinen wenig fest. Große Pferdebahn und Viehhof zu billigerem Course erhältlich. Centralstraße begehrt, ebenso auch Continental-Pferdebahn und Prätorius Tabak, für letzte fehlten Abgeber. Centralheizung niedriger. Holzcomptoir beliebt und steigend. Dessauer Gasfabrik höher, auch Magdeburger Gasfabr. besser. Glauzig Zucker zog im Course an. Hartmann Maschinen und Freund Maschinen konnten letzte Notirung nicht behaupten. Witten. Waffenfabrik kam ebenfalls niedriger zur Notiz. Sächsische Nähfaden höher. Montanwerthe vernachlässigt. Consolidirte Marie gefragt. Marienhütte, Kotzenau und Redenhütte belebt und steigend. Phönix A gedrückt.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 363, Lombarden 122, Franzosen 429,50, Reichsbank 153,40, Disc.-Commandit 113,75, Laurahütte 71,60, Türken 8,90, Italiener 71,90, Oesterr. Goldrente 59,60, do. Silberrente 54, do. Papierrente 51,60, 5proc. Russen 76,50, alte 77,10, Köln-Mindener 95,60, Rheinische 105,25, Bergische 71,50, Rumänen 28,10, Russische Noten 199,50.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Cp. 4,16 bez., do Papier-Cp. 4,12 bez., Oest. Silb.-Rent.-Cp. 175,50 bez., do. Eisenb.-Cp. 175,25 bez., do. Papier-Rent.-Cp. 167 bez., Russ. Cp. 197,65 bez., Russ.-Engl.Anl.-Cp. 20,52 bez., Franz. Cp. —,—, Diverse engl. —,—, Rum. Cp. —,—.

Berlin, 16. Mai. [Versicherungsgesellschaften.] (Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Procenten des Baareinschusses.)

Name der Gesellschaft.	Div. pr. 1876.	Div. pr. 1877.	Appoints à	Einzahlung.	Cours.
Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	75	70	1000 Thl.	20%	8105 G.
Aachener Rückversich.-Ges.	45	45	400 "	"	1970 G.
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	20	—	500 "	"	740 G.
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	28	30	1000 "	"	2275 B.
Berl. Hagel-Assecuranz-Ges.	22½	11⅓	1000 "	"	638 B.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	25	25⅚	1000 "	"	2550 G.
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	55	1000 "	"	6310 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	16	1000 "	"	1955 B.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	0	1000 "	"	525 G.
Deutscher Lloyd	8⅛	10	1000 "	"	700 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	12⅛	—	1000 "	"	490 G.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	50	1000 "	10%	1490 G.
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	50	50	1000 "	"	1465 G.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	40	40	1000 "	20%	3630 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	12	—	1000 "	"	1080 B.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	12	13⅓	500 "	"	535 G.
Gladbacher Feuer-Versich.-Ges.	15	15	1000 "	"	1850 G.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	15	6	500 "	"	292 G.
Kölnische Rückversich.-Ges.	12	10	500 "	"	430 G.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	100	—	1000 "	"	8350 B.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	5⅛	—	100 "	voll	280 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	19⅜	22⅙	1000 "	20%	1880 B.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	11⅛	7	500 "	"	226 G.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	5	0	500 "	"	220 G.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	9⅚	9⅚	100 "	voll	424 G.
„Nationale", Lebens-Versich.-Ges. zur Berlin (6% Oblig.)	—	—	—		—
Niederrh. Güter-Assec.-G. zu Wesel	40	—	500 "	10%	775 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	9	9¾	1000 "	20%	1020 G.
Oldenburger Versich.-Ges.	6	7	500 "	"	305 G.
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	17	5	500 "	"	280 G.
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	7	7	500 "	"	230 G.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	24	20	400 "	25%	844 B.
Providentia, V.-G. zu Frankf. a. M	21	22⅙	1000 Fl.	10%	630 G.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	20	—	1000 Thl.	"	620 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	16	—	500 "	"	205 G.
Sächsische Rückversich.-Ges.	40	50	500 "	5%	360 G.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	18	25	500 "	20%	835 B.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt	10	12½	1000 "	"	1540 bez. B.
Union, allg. deutsche Hagel-Versich.-Ges. in Weimar	15	10	500 "	"	320 G.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.-Actien-Ges.	22	24	1000 "	"	1740 G.

* **Frankenstein**, 16. Mai. [Productenmarkt.] Der gestern wegen des Bußtages auf heute verlegte Wochenmarkt war besonders deshalb, weil er mit dem in Patschkau zusammenfiel, geschäftlich unbedeutend, da sich die Nachfrage schwach bemerklich machte und in keinem Verhältniß zu der mehr wie ausreichenden Zufuhr stand. Die Preise erfuhren in Folge dessen eine rückgängige Bewegung und differirten gegen die vorwöchentlichen um 10 bis 30 Pf. Es wurden folgende Preise notirt: Weizen 20,50—21,20 bis 21,90 M., Roggen 13,60—14,30—14,70 M., Gerste 14,40—14,70—15,20 M., Hafer 11,50—14,40—12,90 M., Erbsen 14,10 Mark, Kartoffeln 3,60 Mark, Heu 5 M., Stroh 3,50 M. pro 100 Kilogramm. Butter notirte 2 Mark pro 1 Kilogr. Das Schock Eier wurde mit 1,80 Mark bezahlt. Wetter schwül bei 18 bis 20 Grad Wärme. Heute schwacher Gewitterregen.

Neurode, 16. Mai. [Leinwandmarktbericht von J. Fleischer.] Die heutige Zufuhr bestand theils in Bleich- und Farb-, theils in Sack-

und Futterleinwand. Es wurden notirt per Schock je nach Qualität: für 5/4 breit 30—42 Gg. M. 11,50—22, für 11/8 breit 42 Gg. M. 18,60, für 6/4 breit 35 Gg. M. 18, für 7/4 breit 35 Gg. M. 14—15, für 8/4 breit 35 bis 42 Gg. M. 16,50—20,50.

Berliner Börse vom 17. Mai 1878.

Fonds- und Gold-Course.

	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	96,00 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,90 bz
do. do. 1876	4	95,80 bz
Staats-Anleihe	4	95,50 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,40 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,00 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,00 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,30 bzG
Pommersche	3½	83,30 bz
do.	4	85,75 G
do.	4½	102,30 bz
do. Ldsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,75 bz
Schlesische	3½	85,75 G
Ldschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	96,00 G
Pommersche	4	95,50 G
Posensche	4	95,50 bz
Preussische	4	95,50 G
Westfäl. u. Rhein.	4	97,90 bz
Sächsische	4	96,75 B
Schlesische	4	96,30 bz
Badische Präm.-Anl.	4	119,00 bz
Baierische 4% Anleihe	4	120,75 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	111,50 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,75 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 241,70 bz
Badische 35 Fl.-Loose 135,50 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 80,90 bz
Oldenburger Loose 136,75 bzG

Ducaten 9,55 etbz	Dollars 4,20 G
Sover. 20,34 G	Oest. Bkn. 167,50 bz
Napoleon 16,22 bz	do. Silbergd. — —
Imperials 16,66 G	Russ. Bkn. 199,40 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,50 bzG
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,00 bzG
do. do. do.	5	100,20 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	102,00 B
do. rückzb. à 110	5	106,90 bzB
do. do. do.	4½	98,75 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100,00 bz
Hyp.-Anth.Nord-G.C-B	5	90,50 bzG
do. do. Pfandbr.	5	90,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,00 B
do. do. II. Em.	5	91,20 B
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,90 bz
do. do. II. Em.	5	106,00 B
do. 5% Pf.rkzlbr.m.110	5	99,90 bz
do. 4½ do. do. m.110	4½	92,00 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	104,90 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	91,40 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98,50 G
do. do.	4½	93,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,80 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1/1.1/7.	4⅕	54,10 bz
do. 1/4.1/10.)		54,10 bz
do. Goldrente	4	59,90 bzB
do. Papierrente	4⅕	51,60 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	96,50 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	102,80 bzG
do. Credit-Loose	fr.	285,00 G
do. 64er Loose	fr.	245,00 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	142,25 bz
do. do. 1866	5	141,00 bzB
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	68,25 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	68,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	75,50 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	61,50 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	53,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	103 bzB
do. do. 1885	6	99,20 G
do. 5% Anleihe	5	101,90 G
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,00 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,70 G
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	69,50 bz
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	8,90 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	68,75 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 36,00 etbzG
Türken-Loose 28,50 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,30 B
do. III. v. St.3½g.	3½	85,50 B
do. do. VI.	4½	99,50 bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	103,70 B
Berlin-Görlitz	5	101,50 bz
do.	4½	91,50G C85,50
Breslau-Freib.Lit. E F.	4½	— —
do. Lit. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	93,50 B
do. do. K.	4½	93,50 B
do. von 1876	5	101,30 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,10 bz
do. . . Lit. B.	4½	100,00 bz
do. . . . . IV.	4	94,10 bzG
do. . . . . V.	4	91,50 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	101,10 bzB
Hannover-Altenbeken.	4½	— —
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 bz
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 G
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	93,60 G
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,00 bzG
do. F.	4½	—
do. G.	4½	99,50 G
do. H.	4½	101,00 G
do. von 1869.	5	101,00 bzG
do. von 1873.	4	91,40 bz
do. von 1874.	4½	99,25 G
do. Brieg-Neisse	4½	98,10 bzG
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,10 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100 bz
do. do. III. Em.	4½	100 bz
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,75 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,75 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,60 G
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	61,20 bzG
do. II. Emission	5	54,00 bzB
Prag-Dux	fr.	18,90 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,30 bzG
do. do. neue	5	83,90 G
Kaschau-Oderberg	5	59,80 bzG
Ung. Nordostbahn	5	56,10 G
Ung. Ostbahn	5	52,75 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	66,30 G
do. do. II	5	65,50 bzG
do. do. III.	5	59,00 bzG
Mährische Grenzbahn.	5	56,30 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	20,00 bzB
do. II.	fr.	16,10 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	64,10 G
Oesterr.-Französische.	3	328,25bp.S.i.F.
do. do. II.	3	314,25 G „
do. südl. Staatsbahn.	3	235,10ebGp.S.i
do. neue	3	234,75ebG „ F.
do. Obligationen	5	78,10 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	74,00 bzG
Warschau-Wien II.	5	— —
do. III.	5	89,00 B
do. IV.	5	79,75 bz
do. V.	5	73,40 B

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,25 bz
do. do.	2 M.	3	167,35 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,27 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,00 bzG
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	197,90 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	198,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	167,40 bz
do. do.	2 M.	4½	166,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht.	1	—	4	17,10 bzG
Berg.-Märkische.	3¾	3⅓	4	71,60 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	86,25 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	11,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	13,50 bzG
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	177,75 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	73,50 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	107,00 bz
Böhm. Westbahn.	5	5	5	72,25-75 bzG
Breslau-Freib.	5	2½	4	61,50 bzG
Cöln-Minden	5⅓	-	4	95,60 bzG
Dux-Bodenbach.B	0	0	4	12,00 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	103,20 etbzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	12,40 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	9,25 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	43,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	46,80 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	179,30 G
Märk.-Posener	0	0	4	17,80 bz
Magdeb.-Halberst.	8	-	4	107,60 G
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	74,90 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,25 bz
Oberschl. A.C.D.E.	9⅗	8½	3½	120,40 bzG
do.neue(50%Einz.)	—	-	5	— —
do. B.	9⅗	8½	3½	114,00 bz
Oesterr.-Fr. St.-E.	5⅖	—	4	427-29,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	175,50 bzG
Oest.Südb.(Lomb.)	0	—	4	120,50-2 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	48,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	4	98,75 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	31,75 bzB
Rheinische	7½	—	4	105,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	94,20 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	7,70 bz
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	28,10 bz
Schweiz Westbahn	⅗	—	4	13,90 B
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,00 bzB
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	111,10 bzG
Warschau-Wien.	6⅗	5	4	149,75 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	0	0	5	34,60 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	21,00 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	33,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	20,75 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	— —
Märkisch-Posener	3¾	4¾	5	80,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	100,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	89,80 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	5	108,00 bzG
Rumänier.	8	8	8	72,75 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	15,20 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	— —

Bank-Papiere.

	1876	1877	Zf.	Cours
Alg.Deut.Hand.-G	0	2	4	32 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	29,25 G
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	139,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	58,00 bz
Brl.Prd.-u.Hdls.-B.	6½	6	4	80,50 B
Braunschw. Bank.	5	3	4	79,20 G
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	55,75 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅗	5⅓	4	68,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	71,25 G
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,00 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	107,75 bz
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	97,75 G
Deutsche Bank	6	6	4	91,00 bzG
do. Reichsbank	6⅓	6,29	4½	153,40 bz
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,10 G
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	113,50 bz
do. ult.	4	5	4	113,75-13,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	88,75 G
do. junge	5½	5½	4	94,00 G
Goth. Grundcredb.	8	6	4	101,60 bzG
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/6	4	122,60 G
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	101,70 B
Königsb.Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	82,50 G
Ldw.-B.Kwilecki.	6⅛	—	4	55,00 B
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	103,80 bzG
Luxemburg. Bank	6	6½	4	98,80 B
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	106,25 bz
Meininger do.	2	2	4	74,00 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	134,50 bzG
Nordd.Grundcr.-B.	8	5	4	69,50 B
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	57,00 G
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅛	4	360½-63½
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	103,00 B
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	95,00 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	115,75 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	102,25 bzG
Schl. Bank-Verein	5	5	4	76,50 G
Thüringer Bank.	0	—	4	75,00 bz
Weimar. Bank	0	0	4	36,10 bzG
Wiener Unionsbk.	11 1/14	3½	4	94,50 G

In Liquidation.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berliner Bank	—	—	fr.	9,00 B
Berl. Bankverein	—	—	fr.	24 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,75 bzG
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	18,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	6½	—	fr.	105,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	54,50 B

Industrie-Papiere.

	1876	1877	Zf.	Cours
Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	565 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,20 bzB
do. Reichs-u.Co.-E.	0	0	4	68,50 B
Märk.Sch.Masch.G	0	0	4	12,75 bzG
Nordd. Gummifab.	5	4	4	— —
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	12 4/5	8	4	94,50 bzG
Schles. Feuervers.	18	25	4	835 B
Donnersmarkhütt.	2	—	4	20,00 B
Dortm. Union	0	—	4	5,50 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	71,75 B
Lauchhammer.	0	—	4	16,50 B
Marienhütte	6	—	4	45,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	1,00 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl.Zinkh.-Actien	7	—	4	84,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	89,50 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	29.10 B
Vorwärtshütte.	0		4	2,00 B
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 B
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	44,50 B
do. ver. Oelfabr.	3⅓	—	4	46,25 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	13,00 etbzG
Görlitz. Eisenb.-B.	1 6/7	—	4	— —
Hoffm's Wag.Fabr.	0	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	29,00 bzG
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	58,75 G
do. Porzellan	0	1½	4	34,00 bzB
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	29,50 B

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T. B.) **Paris**, 17. Mai, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten —, —, Neueste Anleihe de 1872 110, 17, Türken 1865 9, 30, Staatsbahn —, —, Neue Egypter —, —, Banque ottomane —, —, Italiener 73, 50, Chemins égyptiens —, —, österr. Goldrente 60, 06, ungar. Goldrente —, Spanier exter. —, neueste Russen de 1877 80, 12. Fest.

Frankfurt a. M., 17. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 405. Pariser Wechsel 81, 06. Wiener Wechsel 167, 40. Böhmische Westbahn 145. Elisabethbahn 143¾. Galizier 206½. Franzosen*) 214⅜. Lombarden*) 61¾. Nordwestbahn 89¼. Silberrente 53⅞. Papierrente 51⅝. Goldrente 59⅞. Ungar. Goldrente 71¼. Italiener —. Russische Bodencredit 69½. Russen 1872 76⅝. Neue russische Anleihe 76⅜. Amerikaner 1885 99¼. 1860er Loose 103⅜. 1864er Loose 247, 00. Creditactien*) 181¼. Oesterr. Nationalbank 673, 50. Darmst. Bank 108. Meininger Bank 74⅛. Hessische Ludwigsbahn 74¼. Ungarische Staatsloose 143, 00. do. Schatzanweisungen, alte, 99⅞. do. Schatzanweisungen, neue, 91¼. do. Ostbahn-Obligationen 61. Central-Pacific 102½. Reichsbank 153⅛. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 95⅞. — Sehr fest und belebt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 181, Franzosen 214, Lombarden —, —, Galizier —, —, 1860er Loose —, —, ungarische Goldrente —, neueste Russen 76½, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 17. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115, Silberrente 53⅞, Goldrente 59¾, Credit-Actien 181, 1860er Loose 103¾, Franzosen 536, Lombarden 152, Italien. Rente 72¼, Neueste Russen 76¾, Vereinsb. 123¼, Laurahütte 71½, Commerzbank 97⅜, Norddeutsche 133⅛, Anglo-deutsche 29¾, Intern. Bank 72, Amerikaner de 1885 96⅛. Köln-Minden. St.-A. 95¾. Rhein. Eisenb. do. 105¾, Berg.-Märk. do. 71½, Disconto 2¾ pCt. — Schluß sehr fest.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 79, 25, Br., 78, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 28 Br., 20, 22 Gd., London kurz 20, 42 Br., 20, 34 Gd., Amsterdam 167, 00 Br., 166, 40 Gd., Wien 165, 50 Br., 163, 50 Gd., Paris 80, 70 Br., 80, 30 Gd., Petersburger Wechsel 200, 00 Br., 194, 00 Gd.

Hamburg, 17. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. Mai 223 Br., 222 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 217 Br., 216 Gd. Roggen per Mai 149 Br., 148 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 142½ Br., 141½ Gd. Hafer flau. Gerste flau. Rüböl ruhig, loco 66, pr. Mai per 200 Pfd. 66. — Spiritus still, per Mai 42¾, pr. Juni-Juli 43⅛, per Juli-August 44¾, per August-September pr. 1000 Liter 100% 45¾. — Kaffee behauptet, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 10, 85 Br., 10, 70 Gd., pr. Mai 10, 75 Gd., pr. August-December 11, 75 Gd. — Wetter: Schwül.

Liverpool, 17. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Besser. Tagesimport 23,000 B., davon 17,000 B. amerikanische, 6000 B. ostindische.

Liverpool, 17. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Besser. Futures 1/32 D. theurer.

Manchester, 17. Mai, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 7½, 20r Water Micholls 8⅜, 30r Water Gidlow 8⅞, 30r Water Clayton 9½, 40r Mule Mayoll 9¼, 40r Medio Wilkinson 10¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 9⅝, 40r Double Weston 10⅜, 60r Double Weston 12¾, Printers 16/16, 34/50, 8½pfd. 93. — Fester Markt.

Petersburg, 17. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 23 5/16, do. Hamburg 3 Monate 201, do. Amsterdam 3 M. 119½, do. Paris 3 M. 246¼, 1864er Prämien-Anleihe (gest.) 228¼, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 224¼, Russische Anleihe de 1873 122, ½-Imperials 8, 42, Große russische Eisenbahn 224, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 113¼, Privatdisc. 5 %.

Petersburg, 17. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 63, 00. Weizen loco 14, 50. Roggen loco 9, 00. Hafer loco 5, 25. Hanf loco 42, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 14, 50. — Wetter: Warm.

Pest, 17. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco flau, Termine matt, per Herbst 10, 25 Gd., 10, 30 Br. — Hafer per Mai-Juni 6, 00 Gd., 6, 10 Br. — Mais, Banat, per Mai-Juni 7, 05 Gd., 7, 10 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 17. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per Mai 32, 50, per Juni 32, 25, per Juli-Aug. 31, 50, per Septbr.-December 29, 75. Mehl weichend, pr. Mai 68, 00, per Juni 67, 50, pr. Juli-August 67, 25, pr. September-December 64, 25. Rüböl matt, per Mai 92, 25, per Juni 92, 25, per Juli-August 90, 50, per September-December 89, 50. Spiritus ruhig, per Mai 60, 75, per September-December —, —. — Wetter: Schön.

Paris, 17. Mai, Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 11/13 pr. Mai pr. 100 Klgr. 57, 00, Nr. 5 7/9 pr. Mai per 100 Kilogr. 63, 00. Weißer Zucker weichend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Mai 66, 00, per Juni 66, 00, pr. Juli-August 66, 00.

London, 17. Mai. Havannazucker ruhig.

Antwerpen, 17. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen weichend. Hafer weichend. Gerste angeboten.

Antwerpen, 17. Mai, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 26½ bez., 26¾ Br., per Juni 26½ Br., per September 28½ Br., per September-December 29 bez. u. Br. — Steigend.

Bremen, 17. Mai, Nachm. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 85, pr. Juni 10, 90, per Juli 11, 00, pr. Septbr. 11, 35, per August-December 11, 65.

Berlin, 17. Mai. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist schön und etwas windig. Unsere Gegend hat zu wenig Regen bekommen. Im Vergleich zu gestern war die Stimmung für Roggen heute sehr fest. Drängendes Angebot gab es nicht, daher hat mäßige Frage für Termine sich etwas erhöhten Forderungen fügen müssen. Loco ist der Handel ein wenig lebendiger, auch Versender zeigten sich kaufend im Markte. — Roggenmehl fester. — Weizen ist spärlich angeboten und hat daher neuerdings etwas bessere Preise gebracht. — Hafer loco mehr beachtet. Termine fester. — Rüböl war sehr still, aber eher höher zu verwerthen. — Petroleum fester. — Spiritus wenig verändert. Anfänglich schien die Haltung Festigkeit gewinnen zu wollen, sie ermattete aber vollständig, als einige Verkäufer sich zeigten.

Weizen loco 180—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — Mark, weißer uckermärk. — Mark, gelber russischer — Mark ab Boden bez., per Mai 215½ M. bez., per Mai-Juni 214½ bis 215 M. bez., per Juni-Juli 214½—215 M. bez., per Juli-August 210—210½ Mark bez., per September-October 207½—208 Mark bez. Gekündigt 4000 Centner. Kündigungspreis 214½ Mark. — Roggen loco 125—145 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 125—133 Mark bez., fein. russ. — Mark, defect. russ. 110—116 M., inländ. 135—141 Mark, defect. inländ. — M. ab Bahn und Kahn bez., per Mai 136½—138—137½ M. bez., per Mai-Juni 136—137½ M. bez., per Juni-Juli 136½—138—137½ M. bez., per Juli-August 139 bis 140—139½ M. bez., per September-October 141—141½—141 M. bez. Gekündigt 11,000 Ctr. Kündigungspreis 137 M. — Mais per 1000 Kilo loco alter 142—148 Mark nach Qualität bez., bessarab. 144—145 Mark, defecter bessarab. — Mark, amerikanischer — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 100 bis 165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und west-preußischer 125—137 Mark bez., russischer 110—136 Mark bez., pommerscher 130 bis 137 M. bez., schlesischer 130—138 Mark bez., böhmischer 130—138 Mark bez., feiner weißer russischer 143—148 M., galiz. — M. ab Bahn bez., per Mai 135 Br. bis 134½ Gd., per Mai-Juni 135 Br. bis 134½ Gd., per Juni-Juli 135 Br. bis 134½ Gd., per Juli-August 137 Mark bez., per September-October 140 Mark bez. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 135 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 22,25—20,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 19.75 bis 18,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Mai 19,60 M. bez., per Mai-Juni 19,60 M. bez., per Juni-Juli 19,60 M. bez., per Juli-August 19,75—19,80 Mark bez., per August-September — M. bez.

Spiritus loco „ohne Faß" 52,2—52 M. bez., per Mai 52—51,8 Mark bez., per Mai-Juni 52—51,8 Mark bez., per Juni-Juli 52,3—52,1 Mark bez., per Juli-August 53,3—53,1 Mark bez., per August-September 53,9—54—53,8 M. bez., per September-October 53,7—53,5 M. bez. Gekündigt 160,000 Liter. Kündigungspreis 51,9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 17., 18.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 17°,6	+ 15°,1	+ 12°,1
Luftdruck bei 0°	334''',98	334''',84	334''',88
Dunstdruck	3''',70	4''',34	4''',57
Dunstsättigung	43 pCt.	61 pCt.	81 pCt.
Wind	SW. 1.	S. 1.	W. 1.
Wetter	heiter.	heiter.	heiter.
Wärme der Oder			+ 15°,3

Breslau, 18. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 84 Cm. U.-P. — M. 6 Cm.

\# **Breslau**, 18. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide etwas fester, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,80 bis 20,60—21,50 Mark, gelber 18,70—19,70 bis 20,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 12,40—13,40 bis 13,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,00—13,50 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10 bis 10,30—11,00 Mark, blaue 8,80—9,80—10,30 Mark.

Wicken schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,20—11—11,80 Mark.

Oelsaaten nominell.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	30	50	29	—	28	—
Winterrübsen	29	50	28	50	26	50
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	25	—	24	—	21	—

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 21,00—22,00 Mark, Hausbacken 19,50—20,50 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,25—9,00 Mark.

Heu 2,40—2,70 Mark pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 18,00—20,50 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 17. Mai. Der von mehr als 2000 Studirenden und Akademikern dem Kaiser dargebrachte Fackelzug ist in größter Ordnung und glänzend von Statten gegangen. Der Zug, in welchem sich neun Musikchors, mehrere Wagen mit der Studentendeputation und die Führer zu Pferde befanden, setzte sich kurz vor 10 Uhr vom Pariser Platz aus in Bewegung, bildete einen Halbrund vor dem kaiserlichen Palais und stimmte das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles" an, während sich die neungliedrige Deputation zum Kaiser begab und demselben die Gefühle der Studentenschaft ausdrückte. Nach der Rückkehr der Deputation wurde ein dreimaliges, von den Volksmassen enthusiastisch aufgenommenes Hoch auf den Kaiser ausgebracht und sodann „Heil Dir im Siegerkranz" gesungen. Der Kaiser erschien im Feldmantel auf dem Balkon und ließ den langen Zug vorüberdefiliren, der sich dann nach dem Dönhofsplatz bewegte, wo unter dem „Gaudeamus igitur" die Fackeln zusammen geworfen wurden.

Posen, 17. Mai. Der „Ostdeutschen Zeitung" wird aus Gnesen telegraphisch gemeldet, daß eine größere Abtheilung Militair heute nach Lopienno ausgerückt sei, wo angeblich Muttergottes-Erscheinungen stattgefunden hätten; der Gnesener Staatsanwalt habe sich ebenfalls dorthin begeben.

Versailles, 17. Mai. Der Senat genehmigte das Generalstabsgesetz und setzte die Berathung der Interpellation des Bischofs Dupanloup über die Säcularfeier Voltaire's für Dinstag fest. — In der Kammer erklärte der Minister des Innern auf die Anfrage Spuller's wegen der Explosion in der Rue Béranger, zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle werde dem Hause ein entsprechender Gesetzentwurf demnächst zugehen.

London, 17. Mai. Der Kronprinz des Deutschen Reiches traf heute Nachmittag zu einem Besuch hier ein, kehrte aber nach nur kurzem Aufenthalt nach Windsor zurück, wo heute Abend ein großes Banket zu Ehren des kronprinzlichen Paares stattfindet. — Earl Russell ist heute Nachmittag gestorben.

London, 17. Mai. Unterhaus. Der Staatssecretair der Colonien, Hicks Beach, zeigt an, daß er zu der am Montag zur Berathung stehenden Resolution Hartington's folgendes Amendement stellen werde: Das Haus hält die verfassungsmäßige Controle des Parlaments in Bezug auf die Aushebung und Verwendung von militärischen Streitkräften durch das Gesetz und durch die unbestrittene Autorität des Hauses, Gelder zu bewilligen oder zu verweigern, für vollständig gesichert und erachtet es deshalb als unnöthig und unzweckmäßig, irgend einer Resolution zuzustimmen, die die Hände der Regierung bei der gegenwärtigen Lage der auswärtigen Angelegenheiten zu schwächen geeignet wäre. Die Ankündigung dieses Amendements wurde von den Deputirten der Regierungspartei mit lautem Beifall aufgenommen. — Der Deputirte Stanford beantragte eine Resolution, welche sich über die, unter Uebergehung einer großen Anzahl von Vordermännern erfolgte Ernennung des Obersten Wellesley zum Botschaftssecretair in Wien mißbilligend ausspricht. Der Staatssecretär des Krieges, Stanley, rechtfertigt die Ernennung Wellesleys. Dutt kritisirt die Ernennung Wellesley's. Northcote protestirt gegen die Angriffe auf die Person und den Charakter Wellesley's im Namen Salisbury's, und erklärt, letzterer habe Wellesley nicht persönlich gekannt und ihn nur auf Grund seiner in Rußland und im Oriente geleisteten Dienste und weil er ihm geeignet für den Posten schiene, zum Botschaftssecretair in Wien ernannt. Der Antrag Stanford's wurde mit 250 gegen 83 Stimmen verworfen.

Haag, 17. Mai. Die zweite Kammer hat die Aufnahme einer zur Deckung des Deficits und zur Vollendung öffentlicher Arbeiten bestimmten vierprocentigen Anleihe, im Betrage von 43 Millionen, mit 64 gegen 15 Stimmen genehmigt.

Petersburg, 17. Mai. Amtlich wird die Formation von acht Reserve-Bataillonen für Turkestan angeordnet. — Mac Gaham von den „Daily News" und Millet vom „Newyork Herald" ist das Ritterkreuz des Annenordens, Dick Lonlay von dem „Monde illustré" und Lazzaro von der „Illustrazione italiana" das des Stanislaus-Ordens verliehen worden.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

London, 16. Mai. Nach den letzttägig von Petersburg und Berlin hier eingetroffenen Nachrichten darf — so wird in hiesigen parlamentarischen, dem Gouvernement nahestehenden Kreisen versichert — ein Zweifel kaum mehr obwalten, daß ein endliches Einvernehmen zwischen dem englischen und dem Petersburger Cabinet die unmittelbare Kriegsgefahr beseitigt und die Frage des Congresses im Sinne eines Zusammentritts desselben entschieden hat. Die Mission des Grafen Schuwaloff soll den erhofften Erfolg voll und ganz erzielt haben.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.